

05/08/09/14

Streife

Das Magazin der Polizei des Landes Nordrhein-Westfalen



Wegbereiter für den Frieden
20 Jahre Internationale Polizeimissionen

SPEZIALEINHEITEN > VERGLEICHSWETTKAMPF »ARMINIUS« IN BIELEFELD

20 Jahre Internationale Polizeimissionen in der AG IPM

Dieter Wehe
Inspekteur der Polizei NRW



Liebe Leserinnen und Leser,

Bund und Länder stellen seit 20 Jahren gemeinsam Polizistinnen und Polizisten für Auslandsmissionen. Am 25. November 1994 fasste die Innenministerkonferenz in Magdeburg den Beschluss zur Einrichtung einer Bund-Länder-Arbeitsgruppe zum Thema Auslandseinsätze. Zunächst übernahm die Arbeitsgruppe den Namen des WEU-Kontingents in Mostar – AG IPTF – International Police Task Force. Was 1994 als eine temporär gedachte Einrichtung mit Blick auf die Balkankrise begann, hat sich dann aufgrund des gestiegenen Bedarfes als ein permanentes Gremium etabliert. Konsequenterweise wurde dies auch durch einen Wechsel des Namens zum Ausdruck gebracht. Aus der AG IPTF wurde vor zehn Jahren die AG IPM – Internationale Polizeimissionen.

Diese Arbeitsgruppe ist Beratungs- und Entscheidungsgremium in allen Fragen der Vorbereitung, Beteiligung und Durchführung von Auslandsmissionen, soweit nicht gesetzliche Regelungen oder andere Zuständigkeiten entgegenstehen. Bund und Länder arbeiten im Rahmen der AG IPM hervorragend zusammen.

Inzwischen wurden viele wertvolle Erfahrungen in den verschiedenen Missionen gewonnen, die Eingang in das Missionstraining und die Ausstattung gefunden haben. Aber all das bedeutet nicht, dass wir unsere Hände in den Schoß legen und warten können. Wir müssen ständig dazu lernen und uns fragen, wie wir unseren bereits hohen Standard bei Entsendungen von Frauen und Männern in internationale Polizeimissionen halten und verbessern können. Staatenübergreifende Polizeimissionen und bilaterale Polizeiprojekte haben sich als überaus erfolgreich erwiesen. Aber nur mit einem langfristigen Engagement können Erfolge gesichert werden. Dazu

braucht man im internationalen Krisenmanagement in der Regel einen langen Atem sowie viel Geduld und Verständnis für die besonderen Bedingungen vor Ort.

Nachhaltig beeindruckt hat mich immer wieder das überall erkennbare und von unseren hochrangigen Gesprächspartnern in den Einsatzgebieten als beispielgebend betonte Engagement der deutschen Kolleginnen und Kollegen. Die Vereinten Nationen haben die Qualität unserer Trainings geprüft und mit der Zertifizierung anerkannt. Das freut mich sehr, da es deutlich zeigt: Wir sind auf dem richtigen Weg. Aber noch etwas ist wichtig: Jede deutsche Polizistin und jeder deutsche Polizist ist ein Botschafter in Uniform für die Bundesrepublik Deutschland!

Ihr Dieter Wehe

- 02 __ Editorial
- 49 __ Impressum

TITEL

- 04 __ **Wegbereiter für den Frieden**
20 Jahre internationale Polizeimissionen unter Koordination der AG IPM

EINSATZ

- 10 __ **Die Fußball-Weltmeisterschaft 2014 in Brasilien** Polizei-Delegation im Einsatz am Zuckerhut
- 12 __ **Die neue EU-Richtlinie für Polizei, Justiz und Opferhilfeeinrichtungen** Respektvoller, diskriminierungsfreier Umgang mit Opfern
- 15 __ **Köpfchen, Kraft und Teamwork** Köln gewinnt internationale Vergleichsübung »Arminius 2014« der Spezialeinsatzkommandos in Ostwestfalen-Lippe
- 20 __ **Psychosoziale Unterstützung bei der Polizei NRW** Neue Polizeidienstvorschrift in Kraft
- 21 __ **Verstärkter Kampf gegen Einbrecher und Radikale** Innenminister beschließen umfangreiches Maßnahmenbündel

KRIMINALITÄT

- 24 __ **Das interdisziplinäre Fachdezernat »Korruptions- und Umweltkriminalität« beim LKA NRW** »Wir sind in NRW gut aufgestellt!«
- 28 __ **Salafisten in Nordrhein-Westfalen** Extremismus als geschützte Religionsausübung?
- 31 __ **Präventionsprogramm »Wegweiser«** Einstieg in die salafistische Szene verhindern
- 33 __ **Das Präventionsprogramm »Wegweiser«** »Dreh- und Angelpunkt ist Vertrauen«
- 34 __ **Bekämpfung des Islamistischen Terrorismus** Die Fahndungsgruppe Staatsschutz des LKA NRW sucht Verstärkung

PRISMA

- 35 __ **Internationale Beachtung für Holocaust-Forschung am Polizeipräsidium Düsseldorf PHK** Klaus Dönecke als Ehrengast in Gedenkstätte Yad Vashem
- 36 __ **Bessere Sichtbarkeit für mehr Sicherheit** Die blau-silbernen Fahrzeuge der NRW-Autobahnpolizei erhalten neongelbe Zusatzfolien
- 37 __ **Polizeilandesmeisterschaften im Sportschießen** Ehrenpreis für

- Anne Bielefeld und Axel Thutwol
- 38 __ **Europäische Polizeimeisterschaft im Fußball der Männer** Deutschland ist zum 11. Mal Europäischer Polizeimeister
- 39 __ **Polizeilandesmeisterschaften im Radsport** Hohe Teilnehmerzahl und sehr gute Leistungen beim Zeitfahren
- 40 __ **Nachwuchswerbung einmal anders** 2.000 Kinder waren zu Besuch bei der Hagener Polizei
- 41 __ **Position der Hochschule der Polizei wird weiter gestärkt** Hans-Jürgen Lange ist neuer Präsident der DHPOL
- 42 __ **»Dies ist Euer Tag!«** 1.477 Polizeianwärterinnen und -anwärter legten Diensteid ab
- 46 __ **Zu Gast im Polizeipräsidium Köln** Muslime und Polizisten beim gemeinsamen Fastenbrechen

PREISRÄTSEL

- 48 __ **Reinhold Beckmann & Band live** Die Streife verlost 1 x 2 Freikarten für das Gloria Theater in Köln



04 20 JAHRE INTERNATIONALE POLIZEI MISSIONEN IN DER AG IPM



15 SE VERGLEICHSWETTKAMPF »ARMINIUS« IN BIELEFELD



42 POLIZEIANWÄRTERINNEN UND -ANWÄRTER LEGEN DIENSTEID AB

TITEL

EGBEREITER FÜR DEN FRIEDEN

20 JAHRE
INTERNATIONALE
POLIZEISSIONEN
UNTER KOORDI-
NATION DER AG IPM

Im Jahr 1989 nahm die Bundespolizei in Namibia erstmals an einer internationalen Friedensmission teil. Nachdem 1994 die Arbeitsgruppe »Internationale Polizeimissionen« (AG IPM) ins Leben gerufen wurde, leisteten die ersten Polizistinnen und Polizisten der Länder gemeinsam mit der Bundespolizei internationale Friedensarbeit. Im Bonner »Haus der Geschichte« wurde das 20-jährige Jubiläum am 13. Juni 2014 im Rahmen einer Fachtagung gefeiert, bei der die Erfolge, aber auch offene Fragen thematisiert wurden, die heute mit internationalen Polizeimissionen verbunden sind.



Foto: Julia Fischer

Der Vorsitzende der Innenministerkonferenz, NRW-Innenminister Ralf Jäger, stellte in seiner Ansprache zum Jubiläum fest: »Auslandseinsätze sichern Menschenrechte«. Zugleich bedankte er sich bei den bis heute etwa 9.000 deutschen Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten, die in internationalen Missionen eingesetzt wurden: »Sie sind Wegbereiter des Friedens und des demokratischen Gedankens!« Auch Bundesinnenminister Thomas de Maizière sprach zu den Teilnehmern der Fachtagung und betonte die enorme Bedeutung der Arbeit der deutschen Beamtinnen und Beamten vor Ort in den Missionsgebieten: »Ich werbe für dieses Engagement, weil die Stabilisierung fragiler Staaten und die Unterstützung beim Aufbau rechtsstaatlicher und demokratischer Strukturen für die deutsche Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik Priorität hat, weil diese Arbeit erfolgreich ist und weil damit ein wichtiger Beitrag auch für unsere Sicherheit geleistet wird.«

Wichtige Aufbauarbeit

Nach der militärischen Befriedung in einer Krisenregion ist der Aufbau einer funktionierenden Verwaltung und damit auch einer Polizei und der Justiz, denen die Menschen vor Ort vertrauen können, ein wichtiger Schritt zur Sicherung eines dauerhaften Friedens. Der Aufbau benötigt einen langen Atem und ist meist erst im Laufe einer ganzen Generation zu bewältigen. Daran haben die deutschen Polizistinnen und Polizisten im Ausland ihren Anteil: Rund 9.000 von ihnen waren in den vergangenen 25 Jahren in 30 Missionen für die UN, die EU und die OSZE im Einsatz. Überall, wo sie im Einsatz sind, haben sie sich einen guten Ruf erworben – nicht nur bei den Menschen vor Ort, sondern auch in den internationalen Organisationen, die sich heute, 20 Jahre

nach Gründung der Arbeitsgruppe »Internationale Polizeimissionen«, oft ein noch stärkeres personelles Engagement Deutschlands wünschen.

Die Arbeit der AG IPM

Die Arbeitsgruppe »Internationale Polizeimissionen« ist ein Beratungs- und zum Teil auch ein Entscheidungsgremium zu allen Fragen der Vorbereitung und Durchführung von internationalen Polizeimissionen. Sie berichtet unmittelbar der Innenministerkonferenz (IMK) und nimmt Aufträge der IMK entgegen.

Bei ihrer Gründung 1994 hieß die Arbeitsgruppe zunächst AG »IPTF« (Arbeitsgruppe International Police Task Force) und sollte nur anlassweise zusammentreten. Die polizeilichen Auslandseinsätze entwickelten sich jedoch schnell zu einem permanenten Aufgabengebiet und die AG IPM damit zu einem ständigen Gremium.

Koordiniert wird die Arbeit heute von der Geschäftsstelle der AG IPM, die im BMI angesiedelt ist. Seit nunmehr zwölf Jahren ist Dieter Wehe, der Inspekteur der Polizei NRW, Vorsitzender der AG IPM.

Die AG IPM hat Leitlinien erarbeitet, die u. a. einheitliche Kriterien der Personalauswahl und Ausstattung der Auslandseinsätze beschreiben und die Vor- und Nachbereitung regeln. Die AG IPM koordiniert die Durchführung bundeseinheitlicher, von der Europäischen Union und den Vereinten Nationen zertifizierter Basis-, Vor- und Nachbereitungsseminare. Dafür stehen deutschen Polizistinnen und Polizisten drei Trainingszentren zur Verfügung: Eines befindet sich in der Bundespolizeiakademie in Lübeck, ein Zentrum ist in Wertheim bei der Polizei Baden-Württemberg und eines beim Landesamt für Ausbildung, Fortbildung und Personalangelegenheiten der Polizei NRW (LAFP NRW) im Bildungszentrum Brühl bei Köln. >

ZWEITER »TAG DES PEACEKEEPERS« IN BERLIN

Nach der Premiere im Jahr 2013 wurden aktuell in einer Feierstunde am 11. Juni 2014 von der Bundesregierung zum zweiten Mal je drei militärische, polizeiliche und zivile Friedensschützer für ihre Verdienste bei Auslandseinsätzen geehrt. Darunter befanden sich drei Polizistinnen und Polizisten:

- > Polizeidirektor Christoph Buik, EUCAP Nestor: Bundespolizist, 1999 OSZE-Peacekeeper der ersten Stunde, später UNMIK/Mitrovica/Kosovo, Sudan, zuletzt Leiter der Polizeikomponente bei EUCAP Nestor, zuständig für den Polizeiaufbau in Somalia
- > Polizeikommissarin Annina Fuchs, UN Mission in Liberia (UNMIL): Polizei Sachsen-Anhalt, 2011 bei EULEX Kosovo
- > Erster Polizeihauptkommissar Günter Hildebrandt, AU/UN Hybrid Operation in Darfur (UNAMID), Leiter des deutschen Polizeikontingentes: früher an der deutschen Botschaft in Nicaragua, Libanon, dann in Mostar, UNMIK/Kosovo, GPPO Afghanistan, heute in Osterholz-Scharmbeck tätig

Die AG IPM entsendet auch deutsche Referenten zu internationalen Seminaren und Tagungen. Deutsche Polizisten sind heute in wichtigen Funktionen bei internationalen Institutionen wie der Europäischen Union und den Vereinten Nationen tätig.

Zunächst auf dem Balkan – heute weltweit im Einsatz

Das erste Mal waren Bundespolizeikräfte (damals noch Bundesgrenzschutz) im Jahr 1989 in Namibia in einer internationalen Friedensmission tätig. Dorthin flogen kurz vor dem Fall der Berliner Mauer 50 Bundesgrenzschützer gemeinsam mit 30 Volkspolizisten aus der DDR. Sie arbeiteten unter abenteuerlich improvisierten Bedingungen, wie Polizeidirektor Achim Raupach, der Leiter des Dezernates für Auslandsverwendungen beim LAFP NRW,

in seinem Rückblick bei der Fachtagung in Bonn schilderte. Der erste gemeinsame internationale Friedenseinsatz von Bundes- und Länderpolizisten war dann 1994 in Mostar in Bosnien/Herzegowina. Dabei handelte es sich um eine umfangreiche Mission der WEU, an der sich fast alle Bundesländer beteiligten. Die Beteiligung der Länder ist auf den ehemaligen Bremer Bürgermeister und späteren Administrator in Mostar Hans Koschnick zurückzuführen, der für einen erfolgreichen Einsatz in Mostar die Kompetenzen der Länderpolizeien für unerlässlich erklärte. Weitere internationale Friedenseinsätze deutscher Polizistinnen und Polizisten finden im Kosovo, in Afghanistan, im Südsudan, im Sudan in der Region Darfur und in vielen weiteren Krisengebieten statt. Zuletzt wurde in Mali die UN-Mission MINUSMA ins Leben gerufen. Achim Raupach machte bei seinem Vortrag klar: Internationale Polizeiarbeit ist kein bezahlter Abenteuerurlaub und auch keine Fremdverwendung, sondern ein selbstverständlicher Teil der normalen polizeilichen Arbeit geworden.

Große Aufgaben, professionell gemanagt

Die EU hat sich im Rahmen ihrer gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik dazu verpflichtet, bis zu 5.000 Polizistinnen und Polizisten in internationalen Missionen einzusetzen, davon 1.000 innerhalb von 30 Tagen als schnelle Eingreifkräfte. Deutschland beteiligt sich dabei insgesamt mit einem Kontingent von bis zu 910 Beamtinnen und Beamten, wenn es erforderlich werden sollte. Zurzeit sind 251 deutsche Beamtinnen und Beamte (von insgesamt 230.000) im Rahmen einer internationalen Friedensmission eingesetzt, 40 davon stammen aus Nordrhein-Westfalen. Deutschland versucht insbesondere – so Ina Lepel, Beauftragte für globale Fragen aus dem Auswärtigen Amt bei ihrem Vortrag auf der Tagung – durch die Qualität der entsendeten Kräfte Wirkung zu erzielen. Die Teilnehmer der Tagung waren sich einig: Es besteht ein großer Informationsbedarf der Politik zum Thema internationale Polizeimissionen. Künftig wird sich Deutschland nach dem Willen der Bundesregierung weiterhin engagiert an internationalen Friedensmissionen beteiligen. Im Koalitionsvertrag ist vorgesehen, die Rahmenbedingungen für die Arbeit der Polizeimissionen zu verbessern. Dabei ist ein vernetzter Ansatz in Zusammenarbeit mit militärischen und anderen zivilen Kräften wichtig.

»Die Sicherheit unserer Beamtinnen und Beamten im Auslandseinsatz muss weiterhin höchste Priorität haben.«

Dieter Wehe



Foto: Julia Fischer

Dieter Wehe, Inspekteur der Polizei NRW und Winfried Nachtwei, MdB a.D. und Experte für Friedens- und Sicherheitspolitik

Optimierungsbedarf bei Forschung und Sicherheit

Dieter Wehe, Inspekteur der nordrhein-westfälischen Polizei und Vorsitzender der AG IPM wies in seinem Redebeitrag auf erreichte Erfolge und noch bestehende Optimierungsmöglichkeiten hin. »Wir haben mit den Regelungen in unseren Leitlinien ein umfassendes Regelwerk für den Auslandseinsatz geschaffen. Auf dieser Grundlage werden die Einsatzkräfte optimal vorbereitet und umfassend betreut«, so Dieter Wehe. Bei der Forschung über internationale Polizeimissionen und -projekte könne Deutschland noch systematischer als bisher zur Evaluation beitragen, um Verbesserungen zu erreichen. Die bisherigen reichen Erfahrungen sollten systematisiert ausgewertet und in ein »institutionalisiertes Gedächtnis« überführt werden. Dazu biete sich die Bündelung

an einer zentralen Polizeinstitution an, an der Forschung und Qualifizierung des Führungspersonals für Auslandsaufgaben zusammengeführt werden könnten. »Gerade vor dem Hintergrund aktueller Überlegungen auf Bundesebene zur Optimierung der Rahmenbedingungen der polizeilichen Auslandsmissionen sehe ich hier einen sinnvollen und vielversprechenden Ansatz, weitere Verbesserungen zu erreichen«, so Dieter Wehe. Des Weiteren sprach er die Sicherheit der Einsatzkräfte in Auslandseinsätzen an. »Die Sicherheit unserer Beamtinnen und Beamten im Auslandseinsatz muss weiterhin höchste Priorität haben. Das Risiko für das Leben und die Gesundheit ist nach wie vor trotz aller Vorkehrungen groß, je nach Mission sehr groß. Deshalb sollte auch die beamtenrechtliche Absicherung, die in den Ländern sehr unterschiedlich ist, >

noch einmal überprüft und bestmöglich angepasst werden«, so Dieter Wehe. Die Missionen sind bislang für deutsche Polizistinnen und Polizisten ohne personelle Verluste geblieben. Doch das Risiko darf nicht unterschätzt werden. Im direkten Umfeld der Polizeieinsätze hat es durchaus deutsche Verluste gegeben. So starben im August 2007 drei deutsche Bundespolizisten in Afghanistan, die zum Schutz der Botschaft eingesetzt waren, als sie auf dem Weg zum Schießtraining auf eine Mine fielen. Erst Ende Mai 2014 gab es ein Selbstmordattentat in Dschibuti, bei dem drei zivile Experten der EU-Mission EUCAP Nestor schwer verletzt und in einer konzertierten Aktion nach Deutschland ausgeflogen wurden.

Afrika ist das Thema der Zukunft

Künftig werden viele internationale Friedenseinsätze auf dem afrikanischen Kontinent erfolgen. Hier werden die Einsatzkräfte aus Deutschland vor eine große Herausforderung gestellt: Französische Sprachkenntnisse sind vielerorts in Afrika von großer Bedeutung. In einigen Missionen auf dem afrikanischen Kontinent ist Französisch eine offizielle Missionssprache. Hier sollen Sprachkurse helfen, die in Zusammenarbeit mit dem Bundessprachenamt durchgeführt werden. 25 Jahre nach dem ersten internationalen Friedenseinsatz ändert sich damit wieder einmal das Profil und die Anforderungen an deutsche Polizeieinsätze im Ausland – doch die AG IPM ist bestens gerüstet, um diesen Herausforderungen erfolgreich zu begegnen. ///

Walter Liedtke/Holger Bamberger-Schreyer (LAFP NRW)

EINSATZ UNTER HÄRTESTEN KLIMATISCHEN UND POLITISCHEN BEDINGUNGEN

Stefan Feller ist der ranghöchste deutsche Polizist im Ausland: Er berät als Police Adviser im »Department for Peacekeeping Operations« der Vereinten Nationen in New York (UN DPKO) den UNO-Generalsekretär Ban Ki Moon. Die »Streife« dokumentiert Auszüge aus seiner Rede bei der Fachtagung in Bonn. Stefan Feller ging beispielsweise auf die aktuell unzureichende Ausstattung der UN-Mission in Mali ein, wo man ein Jahr nach Übernahme des Mandats noch längst nicht das erreicht habe, was man erreichen wolle. Auch den jüngsten Einsatz in der Zentralafrikanischen Republik sieht er mit kritischen Augen: »Dort besteht die Gefahr, dass es zu einem Genozid in der Dimension des Völkermords in Ruanda kommt, wenn die Friedenssicherungsmission versagt. Wenn wir dort nicht erfolgreich sind, kann das zu Frustrationen führen.« Dabei ist der Aufbau der Polizeiarbeit nur einer von mehreren Aspekten zur Stärkung der Zivilgesellschaft: »Rechtstaatlichkeit umfasst nicht nur den Aufbau einer Polizei. Wenn die Kollegen in Bangui in der Zentralafrikanischen Republik Gewalttäter und Mörder auf frischer Tat bei der Begehung von Grausamkeiten ertappen und sie dann festnehmen, werden diese bei einer nicht existierenden Justiz und Gefängnisverwaltung nach einer gewissen Zeit wieder freigelassen. Unsere Möglichkeiten sind durch das Fehlen von Rechtstaatlichkeit sehr begrenzt.« Die Polizeimissionen

der Vereinten Nationen verfügen nur über ein beschränktes Budget: »Wir werden bisweilen bei herannahenden Missionen zu massiven Korrekturen in bestehenden Einsätzen gezwungen. Als wir gefragt wurden, wie wir denn die 1.400 Polizisten für den Einsatz in der zentralafrikanischen Republik generieren würden, haben uns einige wichtige Mitgliedsstaaten sehr deutlich gesagt, wie das funktionieren muss: Wir haben Kräfte aus der Elfenbeinküste, aus der Region Darfur und anderswo in Afrika abzuziehen, um sie in der Zentralafrikanischen Republik einzusetzen.« Der Grund sind fehlende finanzielle Mittel. Stefan Feller: »Wir sind einer haushälterischen Politik unterworfen, die unsere Fähigkeiten zur Planung logischer Bereitstellung, aber auch im Einsatz neuer Technologien sehr stark beeinträchtigt.« Die Einsätze in Afrika erfolgten unter härtesten politischen und klimatischen Bedingungen. So würden im Norden Malis Temperaturen von mehr als 50 Grad Celsius die Arbeit ungemein erschweren. Dabei müssten die Peacekeeper beispielsweise mit 1,5 Liter Wasser pro Tag auskommen. »Unter diesen Bedingungen schlafen unsere Kolleginnen und Kollegen teilweise in Zelten, teilweise in der Wüste unter Bäumen und wer die Stiche von Skorpionen gesehen hat, bekommt Respekt vor dem, was diese Kollegen machen.«



Fotos (4): Julia Fischer

»Wer die Stiche von Skorpionen gesehen hat,
bekommt Respekt vor dem, was diese Kollegen machen.«

Stefan Feller

Die Fußball-Weltmeisterschaft 2014 in Brasilien

Polizei-Delegation im Einsatz am Zuckerhut



Fotos(2): Alexander Pahn

Die Deutsche Delegation wird zur FIFA WM 2014 nach Brasilien verabschiedet: v.l.: Michael Stupp (ZIS - LZPD NRW), Uwe Namyst (Polizei Offenbach), Delegationsleiter Uwe Ganz (ZIS - LZPD NRW), Andreas Dawihl (Polizei Mainz), Peter Goblitschke (Polizei Hamburg) und Patrick Amann (Polizei Freiburg). Nicht im Bild: Dominik Sorg (BKA)

Deutschland ist Weltmeister! Mit einem spielerisch und charakterlich starken Auftritt sicherte sich die Nationalmannschaft einerseits den vierten WM-Titel und andererseits die Sympathien von Fußballfans überall auf der Welt. Sieben deutsche Polizeibeamte, zwei von ihnen aus NRW, waren in Brasilien unter Leitung der Zentralen Informationsstelle Sparteinsätze (ZIS) vor Ort und trugen zum friedlichen Turnierverlauf bei. Vom Eröffnungsspiel bis zum Finale war die deutsche Delegation »bereit wie nie«.

In der brasilianischen Hauptstadt Brasilia befand sich das »International Police Coordination Center« (IPCC). In diesem internationalen Lagezentrum koordinierten rund um die Uhr Vertreter aller im Turnier befindlichen Nationen sowie 15 weiterer Länder die sicherheitsrelevanten Informationen. Sie sammelten, bewerteten und steuerten die Lagedarstellungen so, dass am Spielort und in ganz Brasilien die polizeilichen Einsätze zielgerichtet bewältigt werden konnten.

Für Deutschland war Polizeioberkommissar (POK) Michael Stupp im IPCC eingesetzt. Unterstützt wurde er von einem Beamten des BKA und einem Szenenkundigen Beamten (SKB) aus Freiburg. Michael Stupp ist Mitarbeiter der Zentralen Informationsstelle Sparteinsätze (ZIS) beim LZPD NRW. »Die Vorbereitungen gingen ja schon lange vor Turnierbeginn los. Dann folgte dieser aus deutscher Sicht erfreuliche Turnierverlauf. Ich habe jetzt seit mehr als drei Monaten täglich nur die WM im Kopf gehabt«, berichtet Stupp rückblickend. Die Arbeit im IPCC verlief nach einer kurzen Phase der Eingewöhnung problemlos: »Lediglich die äußeren Bedingungen hätten besser sein können«, schmunzelt der ZIS-Experte. »Die Klimaanlage lief immer auf vollen Touren. Es war so kalt, dass die afrikanischen Kollegen mit Schal und Wollmütze zum Dienst kamen.«

Die anderen Mitglieder der deutschen Delegation waren Teil des SKB-TEAM-Deutschland und sorgten für Sicherheit vor Ort.

SKB-TEAM-DEUTSCHLAND

Das SKB-TEAM-Deutschland ist erstmals bei der WM 2006 im eigenen Land eingesetzt worden und hat sich dort bewährt. Durch den Einsatz dieses Teams sollen Ausschreitungen anlässlich von Fußballspielen der Deutschen Nationalmannschaft im In- und Ausland verhindert werden. Das SKB-TEAM übernimmt Aufklärung, Beratung und Intervention.

SKB beraten und behalten den Überblick

Die Szenenkundigen Beamten aus Deutschland hatten die eigenen Fans vor Ort im Blick und leisteten so einen Beitrag zu einem friedlichen Turnierverlauf. Delegationsleiter Polizeiobererrat (POR) Uwe Ganz von der ZIS wurde an den Spielorten der deutschen Nationalmannschaft von drei Beamten unterstützt, die im Alltag in Hamburg, Mainz und Offenbach als SKB arbeiten. »Unsere Aufgabe vor Ort hatte zwei Komponenten«, erläutert Ganz. »Ers-tens haben wir die brasilianischen Sicherheitskräfte beraten, in dem wir unsere Personen- und Sachkenntnis in sicherheitskritischen Situationen eingebracht haben und zweitens waren wir Ansprechpartner für deutsche Fans, mit denen wir gezielt den Dialog suchten.«

In Sachen Sicherheitslage zieht Ganz ein positives Fazit. »Im Vorfeld gab es große Sorgen, dass sich die inländischen Konflikte um Ausschreitungen beim Fußball ergänzen, aber davon war nichts zu sehen. Es war ein friedliches Turnier. Ein besonderes Lob gilt den vorbildlichen deutschen Fans in Brasilien.«



Delegationsleiter Uwe Ganz im Kreis brasilianischer Sicherheitskräfte vor dem Halbfinalspiel Brasilien – Deutschland am Stadion von Belo Horizonte.

Friedliches Rudelgucken in NRW

»Feiern wie die Weltmeister« – das war auch die Devise bei zahlreichen Public-Viewing-Veranstaltungen in NRW. Auf erfolgreiche Partien der deutschen Elf folgten Freudenfeiern und Autokorosos. Im Laufe des Turniers wurden allein in NRW knapp zwei Millionen Besucher beim »Rudelgucken« gezählt. Die Sicherheitslage war dabei insgesamt ruhig. »Natürlich erkennen wir im Zusammenhang mit den Deutschlandspielen eine erhebliche Einsatztintensität«, so Polizeidirektor (PD) Jürgen Lankes, der Leiter der ZIS. »Aber die reinen Fallzahlen und auch die Einsatzstunden der Kolleginnen und Kollegen sind gegenüber der letzten WM zurückgegangen.«

Während der WM in Brasilien hatten auch die in Duisburg beim Landesamt für Zentrale Polizeiliche Dienste (LZPD) verbliebenen Beamtinnen und Beamten der ZIS das Turnier im Fokus. »Wir haben spieltäglich über die Inlands- und Auslandslage berichtet«, erklärt Lankes. Für NRW und auch bundesweit hat die ZIS die aktuelle Lageentwicklung im Blick. »Alle Bundesländer haben uns die Verlaufsberichte ihrer Einsätze aus Anlass von Spielen der Fußball-WM zugesandt. Diese führte die ZIS zusammen und gewährleistete so ein landesweites und bundesweites Lagebild mit entsprechenden Informationen für die Polizeien der Länder und der Bundespolizei.« ///

Alexander Prim, ZIS (LZPD NRW)

DIE ZENTRALE INFORMATIONSTELLE SPORTEINSÄTZE (ZIS)

Seit 20 Jahren sorgt die Zentrale Informationsstelle Sporteinsätze (ZIS) durch ihre bundesweite sowie internationale Arbeit für mehr Sicherheit im Zusammenhang mit Sportveranstaltungen. Mit der Koordination und Durchführung des aufgabenorientierten Informationsaustauschs stellt die ZIS sicher, dass die für einen Veranstaltungsort zuständige Polizeidienststelle über alle polizeilich bekannten Hintergrundinformationen verfügt, um mit angemessenem Personaleinsatz die Sicherheit der Zuschauer in und um Veranstaltungsorte wie Stadien oder Plätze sowie auf den An- und Abreisewegen gewährleisten zu können.

DIE AUFGABENBEREICHE:

Inland

- > Informationsaustausch national für Bundesliga/ 2. Bundesliga und 3. Liga (ZIS)
- > Informationsaustausch für die Regionalliga West und Oberliga Niederrhein (LIS)
- > Bearbeitung der Rohentwürfe der Liga-Spielpläne
- > Erfahrungsaustausch durch Ausrichten bundesweiter Arbeitstagungen mit den Landesinformationsstellen Sporteinsätze, den Einsatzleitern und den Szenekundigen Beamten (SKB)

Mitwirkung in Gremien

- > Nationaler Ausschuss Sport und Sicherheit (NASS)
- > Beirat der Koordinationsstelle Fan-Projekte (KOS)
- > AG Regionalkonferenzen
- > Kommission Prävention & Sicherheit (DFB)

Datei »Gewalttäter Sport«

- > fachliche Beratung der Kreispolizeibehörden
- > fachliche Koordination der Anwenderinteressen
- > Daten-Qualitätskontrolle

Ausland

- > Anlassbezogener Informationsaustausch
- > Austausch personenbezogener Daten im Vorfeld internationaler Turniere
- > internationale Gremienarbeit
- > SKB-TEAM-Deutschland

Die neue EU-Richtlinie für Polizei, Justiz und Opferhilfeeinrichtungen Respektvoller, diskriminierungsfreier Umgang mit Opfern



Fotos(2): Peter Lück

Die Europawahl im Mai 2014 hat deutlich gezeigt: Die Erwartungen an Europa sind vielfältig. Manch einer verbindet mit Europa nur Bürokratie und unsinnige Verordnungen. Die Tagung »Neue Opferrechte in der EU und die Konsequenzen für Polizei, Justiz und Opferschutz« am 27. Mai 2014 zeichnete da ein ganz anderes Bild. Sie wurde von der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung NRW in Kooperation mit der Opferhilfeeinrichtung »Weisser Ring e. V.« und dem Landeskriminalamt (LKA) NRW veranstaltet und beschäftigte sich mit einer EU-Richtlinie, die Mindeststandards für den Opferschutz festschreibt. Sie ist bis 15. November 2015 von den Mitgliedsstaaten umzusetzen.

Die mit rund 100 Teilnehmenden gut besuchte Fachtagung machte somit deutlich, welche Gestaltungskraft durch europäisches Recht freigesetzt werden kann, um die Lebensbedingungen in der Gesellschaft zu verbessern und gerade für Benachteiligte eine glaubhafte und gerechte Gleichstellung zu sichern. Das ist eine in der Öffentlichkeit viel zu wenig wahrgenommene Perspektive.

Doch worum geht es in der Richtlinie genau? Seit September 2012 regelt die EU-Richtlinie zu den Mindeststandards für die Rechte, die Unterstützung und den Schutz von Opfern von Straftaten (EU-Richtlinie 2012/29/EU, L 315/58) für alle Europäischen Länder, dass beim Opferschutz der respektvolle, diskriminierungsfreie und an den Bedürfnissen des Opfers orientierte Umgang von zentraler Bedeutung ist. In der Konsequenz leiten sich aus ihr eine Reihe von Rechten und Maßnahmen ab. So hat beispielsweise jeder Mensch, der Opfer wird in einem Land, dessen Sprache er nicht ausreichend beherrscht, das Recht, dass bei Anzeigenaufnahme und Befragungen ein Dolmetscher hinzugezogen wird. So will man erreichen, dass sich Opfer von Straftaten angemessen verständlich machen können. Außerdem wird dem Recht auf Information in hohem Maße Rechnung getragen. So muss jedes Opfer unverzüglich und umfassend nach der Tat über die eigenen Rechte aufgeklärt werden – und zwar über sämtliche Rechte im Rahmen der staatsanwaltlichen oder polizeilichen Ermittlungen wie auch bei Gericht. Opfer haben zudem verschiedene Antragsrechte, die unter anderem festlegen, dass über Hafturlaub oder Haftentlassung des

Täters oder der Täterin oder die Gründe für die Einstellung des Verfahrens informiert werden muss. Die Polizei hat künftig außerdem sicherzustellen, dass das Opfer an Opferschutzdienste weitervermittelt wird – bisher reichte eine Information darüber, dass es entsprechende Dienste (in der Regel der Weisse Ring e. V.) gibt – und sie hat im Einzelfall die Schutzbedürftigkeit des Opfers einzuschätzen.

Das Handeln an den Bedürfnissen der Opfer orientieren

Wer die 73-seitige Richtlinie und das knapp 50-seitige working paper für die Mitgliedsstaaten richtig liest, stellt schnell fest: Hier geht es nicht nur um ein juristisches Regelwerk. Hier wird versucht, Opfern im ganzheitlichen Sinn gerecht zu werden – sie stärker zum Subjekt und ihre Bedürfnisse zur Richtschnur des Handelns zu machen. Ein wesentlicher Ansatzpunkt ist dabei die Schulung von Akteuren in Polizei und Justiz und der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter allgemeiner und spezialisierter Opferschutzdienste, in deren Mittelpunkt ein vertieftes Verständnis von den Prozessen der Opferwerdung und der Bewältigung stehen soll.

Die Veranstaltung »Neue Opferrechte in der EU und die Konsequenzen für Polizei, Justiz und Opferschutz« hatte das Ziel, einen ersten komprimierten Überblick über die Richtlinie zu geben und aus verschiedenen Perspektiven aufzuzeigen, welcher Handlungsbedarf sich in den einzelnen Handlungsfeldern ergibt. Gut Zweidrittel der Teilnehmenden kamen aus den Reihen der Polizei – unter ihnen waren zahlreiche Opferschutzbeauftragte. Da traf es sich gut, auch den bisher in Nordrhein-Westfalen praktizierten polizeilichen Opferschutz unter die Lupe zu nehmen.

Professioneller Umgang mit Opfern

Kriminaldirektor Wolfgang Hermanns, Leiter des Dezernats 32 Kriminalprävention und Opferschutz beim LKA NRW, berichtete über die Meilensteine des nordrhein-westfälischen Opferschutzes und den Stellenwert der Opferschutzbeauftragten. Er machte zudem deutlich, dass sich die Anforderungen an das polizeiliche Ermittlungsverfahren zukünftig erhöhen, um die Information, Beteiligung und den Schutz von Kriminalitätsoptionen im Sinne der Richtlinie sicherzustellen. Eine der wesentlichen Anforderungen ist die Gewährleistung der audiovisuellen Vernehmung insbesondere bei minderjährigen Opfern.

Dr. Helgard van Hüllen, stellvertretende Vorsitzende des Weissen Rings und Vizepräsidentin von Victim Support Europe, widmete sich der Historie der Richtlinie, den intensiven Abstimmungsprozessen und gab einen ersten Überblick. Hans Schulte (LRD), Jurist und Leiter der Abteilung Gelsenkirchen der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung (FHÖV) schilderte, wie aus juristischer Sicht die EU-Richtlinie zu lesen ist und was »Umsetzung« auf der Ebene der Mitgliedstaaten genau bedeutet.

Prof. Dr. Martina Eckert von der FHÖV, selbst eng mit dem »Weisser Ring e. V.« im Rahmen von Opferbetreuung und Weiterbildung verbunden, stellte die Prozesse und Bedürfnisse der Opferseite den verschiedenen Forderungen der Richtlinie gegenüber. Ihr war wichtig, dass gut gemeinte Regelungen nicht immer selbstverständlich mit der Situation und psychologischen Bewältigungsmechanismen auf Seiten der Opfer in Übereinstimmung zu bringen sind. Um hier Wirksamkeit und Angemessenheit herzustellen, würden auf allen Ebenen Professionalität, eine tragfähige und effiziente Vernetzung, neue

Verfahren sowie ein deutliches Mehr an Ressourcen benötigt. Vor schematischen Lösungen – zum Beispiel der Übergabe dicker mehrsprachiger Broschüren an das Opfer – warnte sie ausdrücklich.

Prof. Dr. Heinrich Schöch, emeritierter Professor für Strafrecht und Kriminologie (LMU München), analysierte die aktuelle Rechtsprechung und zeigte auf, wo Deutschland bereits gute Ausgangsbedingungen vorweist und an welchen Stellen Nachbesserungen und Weiterentwicklungen von Nöten sind.

Initiatorinnen der Veranstaltung waren die Frauen der Forschungsgruppe Bildung Beruf und Lebenslanges Lernen der FHÖV NRW: Prof. Dr. Martina Eckert, Judith Palm und Prof. Dr. Heike Wüller.

Die Fachtagung war ein gelungener Auftakt für eine Thematik, die Polizei und Justiz und die Ausbildungspartner der Polizei wie die Fachhochschule und das Landesamt für Ausbildung, Fortbildung und Personalangelegenheiten (LAFP) in den

nächsten Jahren beschäftigen dürfte. Dass die adäquate und verantwortungsbewusste Ausgestaltung und Umsetzung den beteiligten Institutionen am Herzen liegt, machten auch die Grußworte des Präsidenten der FHÖV NRW, Reinhard Mokros, des Direktors des Landeskriminalamtes NRW, Uwe Jacob, und der stellvertretenden Bundesvorsitzenden des Weissen Rings, Dr. Helgard van Hüllen, deutlich. ///

Martina Eckert, FHÖV NRW

Informationen und Tagungsunterlagen können bei der Forschungsgruppe Bildung, Beruf und Lebenslanges Lernen der FHÖV NRW angefordert werden.

Kontakt:

FHÖV | Hauert 9 | 44227 Dortmund

Tel.: 0231 97 61 73 40

E-Mail: fg-bibell@fhoev.nrw.de





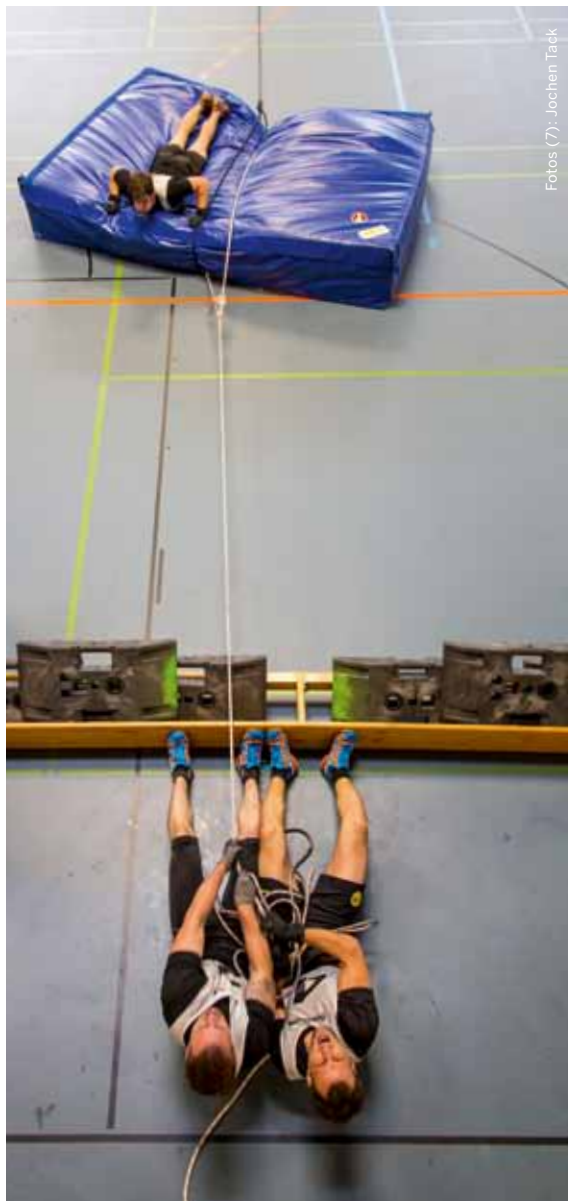
Köpfchen, Kraft und Teamwork Köln gewinnt internationale Vergleichsübung »Arminius 2014« der Spezialeinsatzkommandos in Ostwestfalen-Lippe

In voller Montur durch den Stausee schwimmen, tauchen, klettern, im Steinbruch schießen: Die Spezialeinheiten Bielefeld haben sich als Ausrichter einiges einfallen lassen für den viertägigen SEK-Wettkampf »Arminius 2014«. Bei der Namensgebung des Bielefelder Wettkampfes wurde Wert auf den regionalen Bezug gelegt. In Anlehnung an die geschichtsträchtige Varusschlacht und das damit verbundene bekannte Wahrzeichen Ostwestfalens – das Hermannsdenkmal – fiel daher die Entscheidung für den Namen »Arminius«.

Muskeln, Sehnen, Schweiß und eiserne Willenskraft: Wer den 50 Männern der Spezialeinsatzkommandos beim Wettkampf zuschaut, verlässt die Sporthalle des Trainingszentrums Schloss Holte-Stukenbrock und die übrigen Stationen an den Wettkampftagen mit einer großen Portion Respekt – und dem guten Vorsatz, mal wieder ins Fitnessstudio zu gehen. An zehn Stationen müssen die Männer im Zirkel Kraftübungen absolvieren. Erstmals können sich die zehn Mannschaften dabei gegenseitig sehen. Mit scheinbarer Leichtigkeit klettern die >



Am internationalen Vergleichswettkampf der Spezialeinsatzkommandos »Arminius 2014« haben folgende Mannschaften teilgenommen:
 Dortmund, Düsseldorf, Essen, Köln, Münster, Magdeburg, Nürnberg, Luxemburg, Skorpion Schweiz, Cobra Österreich



Fotos (7): Jochen Tack

gestählten Körper in der Sporthalle Seile hoch, wuchten Reifen und schleppen dicke Weichbodenmatten. »Nach dem SEK kommt nichts mehr«, sagt eine Polizistin auf der Zuschauertribüne anerkennend. Kein Wunder, dass die SEK-Altersgrenze bei 45 Jahren liegt.

Wer von Spielen redet, hat diesen Wettkampf nicht erlebt. Nein, diese Tage bedeuteten harte Arbeit – anspruchsvoll und abwechslungsreich.

Fadenkreuze und Vernetzung

Bei den Wettkampfübungen sind »Ausdauer, Kraft, Geschicklichkeit, Teamarbeit und Taktik« gefragt, erklärt einer der Bielefelder Beamten, die die Stationen mit viel Kreativität entwickelt hatten.

Um als Sieger aus dem Wettkampf zu gehen, war auch bei den Teams besonders Kreativität gefragt. Der Wettkampf entscheidet sich nicht über die körperliche Fitness, denn alle sind topfit. Es gewinnt, wer pfiffig die unterschiedlichen Situationen schnell erfasst und die Aufgaben clever angeht. Teamgeist ist gefragt

Das abrupte Umschalten von Kraftübungen auf Geschicklichkeits- oder Denkaufgaben meisterten die Männer ebenfalls mit erstaunlicher Ruhe und Routine. Bei den Schießübungen kommt nicht ein Funke Hektik auf, obwohl die Teams dabei zum Teil nebeneinander stehen und sehen können, wie weit sie vor oder hinter den anderen liegen. Anders als bei der Schießübung tags zuvor im Steinbruch, ist am Schießstand Logik und Teamarbeit gefragt. Präzision ist nicht nur beim Zielen und schnellen



Zusammenbauen der Pistole gefragt, sondern auch bei der Position nötig: Das mit Flatterband abgezielte kleine Quadrat pro Mannschaft darf während des Wettstreits von den Teammitgliedern nicht verlassen werden.

Obwohl ihre Fähigkeiten James Bond vor Neid erblassen lassen dürften, sind die SEK-Männer keine egozentrischen Selbstdarsteller, sondern Teamplayer. »Sie arbeiten hart an sich. Das macht man nicht eben nebenbei, sie stellen ihren gesamten Lebensrhythmus darauf ein«, erzählt eine Polizistin. Wenn die Männer nicht im Einsatz sind, trainieren sie für den Ernstfall.

Stark im Team oder Zusammenhalt und Fairness

Beim Vergleichswettkampf 2014 können die Männer zeigen, was sie können. Bekleidet durch den 15 Grad kalten Hasselbachstausee schwimmen, sich durch einen Kriechgang kämpfen, drei Kilometer bei großer Steigung zum Hermannsdenkmal laufen, da machen schon mal »Muskeln dicht«. Gewertet wird der letzte Mann einer Mannschaft, der ins Ziel kommt. Aber nicht nur deshalb schleppen die Teammitglieder einen schwächelnden Kollegen mit. Was am meisten zählt, im Wettkampf wie auch im Arbeitsalltag, ist Teamwork. Jeder muss sich blind auf den anderen verlassen; die Männer verstehen sich auch ohne Worte.

Der Auftaktwettkampf des letzten Tages fand bei schönstem Wetter auf dem Sennensee statt. Dieser, als »Bonbon« für Wettkämpfer und Teambetreuer geplante Wettkampf, fand leider ein abruptes Ende. Zwei Wettkämpfer jeder Mannschaft sollten durch einen Synchron-Sprung von einem Sprungturm auf ein Luftkissen einen Kollegen ins Wasser katapultieren. >



Fotos (9): Jochen Tack

Zwei Springer mussten nach einem Zusammenprall mit ihrem Partner zur Untersuchung ins Krankenhaus, das sie jedoch nach kurzem Aufenthalt und glücklicherweise »nur« mit starken Prellungen wieder verlassen konnten.

Für die anderen Teams war es selbstverständlich, die Mannschaften aus Nürnberg und Magdeburg aufzufüllen, und ihnen so trotz der Ausfälle die Teilnahme am Abschlusswettkampf zu ermöglichen. So gaben das SEK Essen und das SEK Düsseldorf je einen Wettkämpfer für die finalen Stationen ab.

Ohne die Entscheidung für diese nicht vorgesehene teamübergreifende Unterstützung hätten die beiden Mannschaften nicht zum Abschlusswettkampf antreten können.

So konnte der Abschlusswettkampf wie geplant vor den Augen der geladenen Gäste stattfinden. Die Wettkämpfer verlangten sich noch einmal alles ab, um die letzten entscheidenden Punkte einzufahren.

Wettkampf-Fazit

Bei den Vergleichswettkämpfen kam es nicht allein auf die körperliche Fitness und Leistungsfähigkeit der Wettkämpfer an.

Entscheidend für das Gesamtergebnis waren neben dem Abrufen der Basisfähigkeiten insbesondere das taktische Vorgehen und die kognitiven Fähigkeiten. Eben diese Leistungen spiegelten die Handlungskompetenzen der Polizisten im Einsatzfall wider.

Durch cleveres, kreatives Bewältigen der einzelnen Stationen konnten sich die Wettkämpfer Zeitboni erarbeiten und Fehlerpunkte vermeiden.



So war es besonders bemerkenswert, dass das Team des SEK Köln nicht durch die Anzahl von einzelnen Stationssiegen, sondern durch die prozentuale Bewertung aller Aufgaben den Gesamtsieg errungen hat.

Die meisten Stationspokale erhielten die Teams aus Österreich und Nürnberg.

Bei der anschließenden Siegerehrung durch den Inspekteur der Polizei, Dieter Wehe, die Polizeipräsidentin des PP Bielefeld, Dr. Katharina Giere und den Leiter der Bielefelder Spezialeinheiten, Michael Erdmann, wurden die Stationssieger und die Siegermannschaft aus Köln, vor den Teams aus Nürnberg und Münster geehrt. ///

Katrin Schmidt

Psychosoziale Unterstützung bei der Polizei NRW Neue Polizeidienstvorschrift in Kraft



Foto: Jochen Tack

Polizistinnen und Polizisten werden im Rahmen ihres Berufs mit intensiven und außergewöhnlichen Erlebnissen konfrontiert, die in Einzelfällen die eigenen Möglichkeiten zur Verarbeitung von Problemen überfordern können.

Um sich einen Überblick über den Bekanntheitsgrad und die Nutzung der vorhandenen Betreuungs- und Fürsorgemaßnahmen zu verschaffen, wurde dieses Thema auch im Rahmen der NRW-Studie »Gewalt gegen PVB« beleuchtet.

Das Ministerium für Inneres und Kommunales (MIK) NRW richtete im Dezember 2010 die Arbeitsgruppe »Betreuung NRW« unter der Leitung des Leitenden Polizeidirektors (LPD) Dieter Keil ein, um landeseinheitliche Rahmenvorgaben für die Betreuung bei besonderen Einsatzlagen (BAO-Lagen), insbesondere bei größeren Gefahren- und Schadenslagen, Katastrophen und Amoktaten, aber auch nach besonders schwerwiegenden Ereignissen des täglichen Dienstes zu erarbeiten. Der Arbeitsgruppe gehörten insgesamt 16 Beschäftigte an, die bereits über Erfahrungen im Zusammenhang mit Betreuungsmaßnahmen verfügten, darunter neben Polizeibeamten auch zwei Seel-sorger und ein Polizeiarzt.

Ziel der Arbeitsgruppe war es unter anderem, Vorschläge zum Änderungsbedarf des »Landesteils NRW zur Polizeidienstvorschrift (PDV) 100 vs-Nfd – Teil D: »Psychosoziale Unterstützung bei der Polizei NRW« vorzulegen. Auf Grundlage des Arbeitsergebnisses wurde dieser Teil der Dienstvorschrift neu gestaltet und am 30. Juni 2014 in Kraft gesetzt.

Gleichzeitig wurde der Erlass vom 2. Juli 2008 »Betreuung von Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten nach besonders belastenden beruflichen Ereignissen« aufgehoben.

Neugestalteter Landesteil

Die psychosoziale Unterstützung (PSU) soll das Abklingen akuter Belastungsreaktionen beschleunigen und somit die Dienstfähigkeit von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern erhalten bzw. schnellstmöglich wieder herstellen. Ferner soll die PSU dazu beitragen, das körperliche, geistige und seelische Wohlbefinden der Polizeibediensteten zu erhalten und zu fördern. Die PSU ist damit ein weiterer Baustein der Betreuungs- und Fürsorgemaßnahmen der Behörden und stellt von der Einsatzvorbereitung bis zur Einsatznachbereitung einen wesentlichen Bestandteil im Gesamtkonzept des behördlichen Gesundheitsmanagements dar. Der Blick ist aber nicht nur auf die Beschäftigten der Polizei beschränkt, sondern er schließt im Sinne einer ganzheitlichen Betrachtung wenn nötig auch die Beratung und Betreuung ihrer Angehörigen mit ein.

Neben der Konzeption des Einsatzabschnitts (EA) Betreuung in BAO-Lagen ist der Einsatz des PSU-Teams der Polizei NRW ein wesentlicher Bestandteil des neuen Landesteils. Zu den Mitgliedern und der Arbeit des Teams, das in diesem Jahr sein 20-jähriges Bestehen feiert, wird in einer der nächsten Streife-Ausgaben berichtet. ///

Christoph Bach, MIK NRW



Verstärkter Kampf gegen Einbrecher und Radikale Innenminister beschließen umfangreiches Maßnahmenbündel

Die Innenminister von Bund und Ländern werden stärker beim Kampf gegen international vernetzte und mobile Einbrecherbanden kooperieren. Das haben sie Mitte Juni auf ihrer Frühjahrskonferenz in Bonn beschlossen. Außerdem wollen die IMK-Teilnehmer den Kampf gegen gewaltbereite Salafisten vorantreiben und Präventionsprojekte in diesem Bereich ausbauen. Auch das konsequente, länderübergreifende Vorgehen gegen gewalttätige Fußballchaoten stand im Fokus der Innenministerkonferenz.

Intensivtäter sind für eine große Zahl von Einbrüchen in ganz Deutschland verantwortlich. »Viele Opfer verlieren nach einem Einbruch das Gefühl von Sicherheit und Geborgenheit in den eigenen vier Wänden. Deshalb ist für uns die Bekämpfung des Wohnungseinbruches

ein ganz besonderes Anliegen und eine Verpflichtung«, erklärte der Vorsitzende der Innenministerkonferenz (IMK), NRW-Innenminister Ralf Jäger. »Dieser neue Tätertyp stellt die Polizei länderübergreifend vor besondere Herausforderungen. Und auf die haben wir jetzt reagiert.« Vor diesem Hintergrund sieht die IMK den verstärkten länder- und staatenübergreifenden Informationsaustausch sowie Lageerhebungen und Analysen vor. Auf dieser Grundlage sollen durch die Länder grenzübergreifende Ermittlungskommissionen eingerichtet und repressive sowie präventive Bekämpfungsansätze vernetzt werden. Dazu gehören beispielsweise länder- und staatenübergreifende Fahndungs- und Kontrolltage, gemeinsame Strategien sowie nationale und internationale Sicherheitskooperationen. Das erläuterte der Sprecher der CDU-/CSU-geführten

Innenressorts, der mecklenburg-vorpommersche Innenminister Lorenz Caffier. »Wir haben bei uns mit gemeinsamen Dienst-einheiten aus Bundes- und Landespolizei sowie Zoll gute Erfahrungen gemacht. Wir stehen durch die Konferenzreihe »Danziger Gespräche« bereits seit Jahren in engem Kontakt mit den Sicherheitspartnern im gesamten Ostseeraum. Ziel sind in Zukunft gemischtnationale Streifen.«

Bekämpfung des gewaltbereiten Salafismus intensivieren

Im Kampf gegen gewaltbereite Salafisten zeigten die Innenminister Einigkeit und Entschlossenheit. Ihr Ziel ist es, die Ausreise von potentiellen Gewalttätern in die Kriegsgebiete Syriens durch ein bundesweit abgestimmtes Vorgehen der Sicherheitsbehörden zu verhindern. Sie setzen dabei auf eine weitere Verbesserung der >

Erkenntnislage über die radikal-salafistische Szene. Eine neu geschaffene Arbeitsgruppe wird sich unter anderem auch mit der möglichen Verschärfung des Personalausweisrechts befassen. So könnten Reisemöglichkeiten über die Türkei nach Syrien eingeschränkt werden. »Die Ausreisen in das Bürgerkriegsgebiet machen uns große Sorge«, erklärte der IMK-Vorsitzende Jäger. Bundesweit verließen seit 2012 insgesamt mehr als 320 Extremisten Deutschland in Richtung Syrien.

»Gewaltbereite Salafisten, die aus den Bürgerkriegsgebieten zurückkehren, stellen ein hohes Sicherheitsrisiko dar. Unsere Sicherheitsbehörden haben sie deshalb ganz besonders im Visier«, betonte der NRW-Innenminister. »Wir wissen, dass die meisten Rückkehrer weiter radikalisiert und in ihrer jihadistischen Grundhaltung gefestigt sind. Viele von ihnen wurden im Umgang mit Waffen und Sprengstoff geschult, haben Kampferfahrung und länderübergreifende Kontakte zu Gleichgesinnten. Durch die Kampfhandlungen sind sie verroht und unberechenbar.« Dies zeige nicht zuletzt der Anschlag im Jüdischen Museum in Brüssel mit vier Todesopfern.

Präventionsprojekte im Bereich Salafismus ausbauen

Beim Kampf gegen gewaltbereite Salafisten setzen die Chefs der Innenressorts neben der Repression auf eine stärkere Sensibilisierung und Aufklärung vor allem junger Menschen. Sie beauftragten eine Arbeitsgruppe, ein länderübergreifendes »Präventionsnetzwerk Salafismus« auszubauen. Der IMK-Vorsitzende Jäger verwies auf das NRW-Präventionsprogramm »Wegweiser« sowie auf ein ähnlich angelegtes Projekt in Hessen. Ein Netzwerk aus lokalen Verbänden und Organisationen, Moscheevereinen, kommunalen Ämtern, Sozialverbänden und der Polizei bietet beim »Wegweiser« konkrete Hilfe für Jugendliche und junge Erwachsene an. »Wir wollen junge Menschen erreichen, bevor extremistische Salafisten sie mit scheinbar einfachen Antworten auf komplexe Lebensfragen in die Radikalisierungsfalle locken«, betonte Jäger. »Hierbei wollen wir länderübergreifend stärker zusammenarbeiten.«



Mehr Sicherheit beim Fußball durch Meldeauflagen

Beim Umgang mit Gewalttätern bei Fußballspielen ist eine vernetzte und länderübergreifende Zusammenarbeit notwendig. Darin sind sich die Innenminister einig. »Jeder Gewalttäter muss spüren, dass ihm die Polizei in ganz Deutschland auf den Füßen steht«, machte der IMK-Vorsitzende Jäger klar. »Wir wollen, dass erkannte Gewalttäter gar nicht erst die Reise zu einem Fußballspiel antreten dürfen. Wer sich am Spieltag zu Hause bei der Polizei melden muss, kann sich nicht im Stadion oder auf der Anreise prügeln und randalieren.« Dies könne unter anderem durch Meldeauflagen erreicht werden. »Wichtig ist, dass bundesweit alle Polizeibehörden über die gleichen Informationen verfügen, um rechtssichere Auflagen verhängen zu können.« Die Innenministerkonferenz erarbeitet deshalb genaue Handlungsempfehlungen für eine intensivere bundesweite Zusammenarbeit.

Die Minister berieten auch über verringerte Kartenkontingente für Auswärtsfans bei Hochrisikospielen und personalisierte Eintrittskarten. Dazu hat der Deutsche

Fußballbund eine Arbeitsgruppe eingerichtet, an der auch der Nationale Ausschuss für Sport und Sicherheit beteiligt ist. »Allen Gewalttätern muss klar sein: Wer den Fußball missbraucht, um sich zu prügeln, Bengalos abzubrennen oder rechtsextremistische Parolen zu brüllen, sieht das Spiel nicht«, meinte der IMK-Vorsitzende.

Modell aus Niedersachsen hat sich bewährt

Der niedersächsische Innenminister Boris Pistorius machte deutlich, dass ein Großteil der Gewalt auf den Reisewegen zu den Spielen stattfindet: »Konkret haben wir in Niedersachsen ein Modell beim Bundesligaspiel von Eintracht Braunschweig gegen Hannover 96 erprobt. Um eine sichere Anreise bei diesem besonderen Hochrisikospiel zu gewährleisten, wurden in hervorragender Zusammenarbeit mit den Vereinen nur an diejenigen Gästefans Karten verteilt, die über bereitgestellte Busse angereist sind. Das niedersächsische Modell hat sich bei dieser Partie in der Praxis bewährt. Es wäre sicher auch auf einige andere Spiele dieser Art übertragbar, weshalb ich es heute meinen Kollegen vorgestellt habe.«



»Wegfahrsperr« für Handydiebstahl einrichten

Die Anzahl gestohlener Mobiltelefone, Smartphones und Tablets nimmt rapide zu. Bundesweit sind aktuell mehr als 1,64 Millionen Mobiltelefone und Smartphones im Fahndungssystem der Polizei als gestohlen gemeldet. Allein in Nordrhein-Westfalen stieg die Zahl der Delikte seit 2009 um das Dreifache auf 67.000 im vergangenen Jahr. Die Innenminister der Länder wollen dieser negativen Entwicklung bundesweit entgegenreten. »Wir wollen eine Art Wegfahrsperr, um Diebstahl und Raub von Mobiltelefonen, Smartphones und Tablets unattraktiv zu machen. Damit betreiben wir aktiven Verbraucherschutz«, erklärte Jäger. »Wir setzen dabei auf eine Kooperation mit den Providern«.

Entlastung der Polizei bei Großraum- und Schwerlasttransporten

Die Innenminister wollen in Zukunft die Polizei von Tätigkeiten entlasten, die nicht unmittelbar der Verkehrssicherheit dienen. So überprüfen Polizeibeamte bislang bei der Abfahrt, ob die Groß- und Schwerlasttransporte vorschriftsmäßig gekennzeichnet sind, die vorgeschriebenen Auflagen eingehalten werden und die

Ladung gesichert ist. Diese Aufgaben können auch auf amtlich anerkannte Sachverständige übertragen werden. »Diese Transporte haben massiv zugenommen. Deshalb brauchen wir eine bundesgesetzliche Regelung, die es den Ländern erlaubt, eigene Verordnungen etwa für den Einsatz von privaten Dienstleistern bei der Begleitung von Groß- und Schwertransporten zu schaffen«, sagte Niedersachsens Innenminister Boris Pistorius. »Dabei muss sichergestellt werden, dass es einheitliche Standards gibt, wie beispielsweise die Zahl der Begleiter. Schließlich gehen die meisten Transporte über Ländergrenzen hinweg«, so der niedersächsische Minister.

Außerdem begleitet die Polizei mit hohem Personalaufwand die Groß- und Schwerlasttransporte. Das gilt besonders bei schwierigen Straßenverhältnissen oder außergewöhnlich sperriger Ladung. »Auch hier wollen wir, dass die Begleitung durch private Unternehmen geschieht«, erklärte Pistorius. Voraussetzung sei neben dem Nachweis der sachlichen Ausstattung und fachlichen Qualifikationen, dass die rechtlichen Rahmenbedingungen eine Entlastung durch private Unternehmen zuließen. Dazu forderten die Innenminister und

-senatoren den Bundesverkehrsminister auf, die entsprechenden Vorschriften in der Straßenverkehrsordnung kurzfristig umzusetzen. »Die Kontrolle und Begleitung von Großraum- und Schwerlasttransporten binden erhebliche Ressourcen der Polizei. Wenn wir sie hier entlasten, kann sie andere wichtige Aufgaben stärker wahrnehmen«, erklärte Innenminister Pistorius.

Linksextremismus in den Fokus nehmen

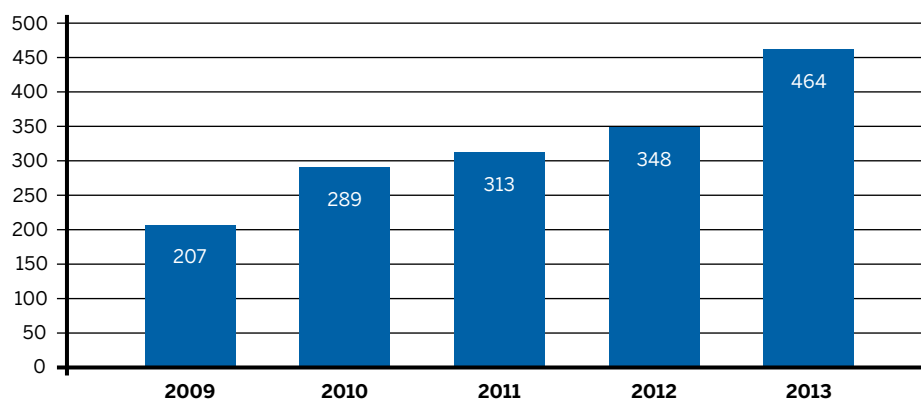
»Wir wollen genaueres über den gewaltbereiten Linksextremismus und mögliche Radikalisierungsprozesse wissen. Wir werden deshalb ein aktuelles Lagebild »Linksextremismus« erarbeiten lassen«, sagte Caffier. »Danach werden wir klarer sehen, wie wir auch den Linksextremismus bekämpfen können. Unsere Gesellschaft muss bei allen extremistischen Phänomenen wehrhaft sein und nach gleichen Maßstäben handeln, um glaubwürdig zu sein.«

/// Redaktion Streife

Das interdisziplinäre Fachdezernat »Korruptions- und Umweltkriminalität« beim LKA NRW »Wir sind in NRW gut aufgestellt!«

Verfahren 2009 – 2013

Anzahl der Korruptionsverfahren



Seit zehn Jahren gibt es im Landeskriminalamt (LKA) NRW das Fachdezernat 15 »Korruptions- und Umweltkriminalität«. Die »Streife« führte aus Anlass dieses Jubiläums und der Veröffentlichung des Korruptionslagebildes 2013 ein Interview mit dem Leiter des Dezernats, Kriminaloberrat Christian Voßkühler, sowie dem Sachgebietsleiter, dem Ersten Kriminalhauptkommissar Franz-Josef Meuter.

Streife: Die Korruptionsverfahren in NRW steigen weiter an und haben laut Lagebild, das auf ihrer Dienststelle erstellt wird, einen neuen Höchststand erreicht. Die Anzahl der Verfahren stieg im Jahr 2013 um 33,3 Prozent von 348 auf 464 Fälle. Wie erklären Sie sich die Zunahme der Korruptionsverfahren?

Meuter: Die Basis für die Erstellung des Lagebildes bildet der Kriminalpolizeiliche Meldedienst für die Korruptionsdelikte, der von den Kreispolizeibehörden und von unserer Dienststelle betrieben wird. Neben dieser Grundlage, also dem Helffeld, können auch Untersuchungen von Wirtschaftsprüfungsgesellschaften – mit Unterstützung aus Universitäten – Erklärungsansätze zum Phänomen der Korruption liefern. Durch die verstärkten Bemühungen der Strafverfolgungsbehörden, aber auch durch Compliance-Programme in Verwaltung und Wirtschaft, wird es wahrscheinlicher, dass ein Korruptionsfall entdeckt wird. Dadurch steigt dann letztlich auch die Zahl der Verfahren. Das ist das so genannte »Kontrollparadoxon«. Daneben sind Hinweise aus der Bevölkerung, der

allgemeinen öffentlichen Verwaltung, insbesondere der Finanzverwaltung, und aus Firmen wichtige Bausteine, um Kenntnisse über weitere, bisher unbekannte kriminelle Netzwerke zu erhalten. Großverfahren mit der Aufdeckung struktureller Korruptionsverbindungen deren Bestand über Jahre, teilweise Jahrzehnte geht, führen zu hohen Verfahrenszahlen mit entsprechenden Einzel- und Begleitdelikten.

Wie sieht es mit Korruption innerhalb der Polizei NRW aus?

Voßkühler: Wir hatten noch bis zur Jahrtausendwende größere Korruptionsfälle bei der polizeilichen Beschaffung, zum Beispiel bei Schutzwesten oder Telekommunikations- und Überwachungstechnik. Diese Fälle sind in den letzten zehn Jahren nicht mehr aufgetreten. Hier spielt neben organisatorischen Änderungen wie der Einrichtung von zentralen Vergabestellen auch die verstärkte Sensibilisierung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Beschaffungswesen eine entscheidende Rolle. Auch die Durchführung von Innenrevisionen hat sich als präventiver Faktor bewährt. Bei der situativen Korruption ist erfreulich, dass Korruptionsangebote an Polizeivollzugsbeamtinnen und Polizeivollzugsbeamte von diesen sofort abgelehnt und direkt zur Anzeige gebracht werden. So bot beispielsweise eine Autofahrerin nach einem Verkehrsunfall unter Alkoholeinwirkung einem Beamten im Rhein-Sieg-Kreis 300 Euro an, damit dieser ihr den Führerschein wieder aushändigte. Der Beamte lehnte ab und zeigte den Sachverhalt an. Die verstärkte Aufklärungsarbeit hat hier bereits Wirkung zeigt. Korruptionsprävention ist allerdings ein Dauerthema und

sollte nicht davon abhängig gemacht werden, ob es wieder einmal einen »bedauerlichen Einzelfall« gibt. Diese Fälle werden generalisiert und führen neben den persönlichen Folgen zu einem erheblichen Imageschaden für die gesamte Polizei.

Streife: Welche Maßnahmen der letzten Jahre waren besonders hilfreich für die Korruptionsermittler des Landeskriminalamtes?

Meuter: Die Spezialisierung in einem eigenständigen Dezernat und die Einrichtung von Schwerpunktstaatsanwaltschaften bei der Justiz haben geholfen, die Fachkompetenz zu erhöhen. Die verbesserte interdisziplinäre Zusammenarbeit war gewinnbringend, insbesondere die Kooperation mit der Finanzverwaltung und die damit verbundene Integration fester Verbindungsbeamter der Steuerfahndung im Dezernat. Aufgrund des Korruptionsbekämpfungsgesetzes und der damit verbundenen Anzeigenverpflichtung nach § 12 beim Landeskriminalamt erstatten Behördenleiter und Rechnungsprüfungsamtsleiter vermehrt Anzeigen. Dies hat auch präventive Wirkung und zeigt die gute Vernetzung zu den Strafverfolgungsbehörden. Ergänzend sind die Angebote an die Bürgerinnen und Bürger in Form einer Korruptionshotline und einer speziellen Anlaufstelle beim Landeskriminalamt zu nennen, die die Anzeigenbereitschaft der Bevölkerung positiv beeinflussen.

Streife: Können Sie ein Beispiel für einen Hinweis über die Hotline des Landeskriminalamtes geben?

Meuter: Beispielsweise teilte der Geschäftsführer einer Computerfirma mit, dass er sich in einer Kommune an einer Ausschreibung für die Beschaffung und Ausrüstung an Schulen mit Hard- und Software beteiligt habe. Der Geschäftsführer erhielt daraufhin einen Anruf eines Mitarbeiters der Behörde, der die Leistungsfähigkeit der Firma überprüfte, da diese das wirtschaftlich günstigste Angebot abgegeben hatte. Sinngemäß erfolgte dann die Forderung des Behördenmitarbeiters: »Zehn Prozent der Auftragssumme für mich oder ich werde die Fachlichkeit verneinen und Sie erhalten den Auftrag nicht.« Die Folgen

waren die direkte Einschaltung der zuständigen Staatsanwaltschaft und der örtlichen Polizeibehörde, die Festnahme des Behördenmitarbeiters bei der Geldübergabe sowie der Verlust des Arbeitsplatzes und die Verurteilung.

Streife: Inwieweit gibt es einen Trend für mehr »Korruptionsbewusstsein« und eine Tendenz zu mehr Ehrlichkeit?

Voßkühler: Subjektiv haben wir den Eindruck, dass es bei den Beschäftigten in den Behörden und in der Wirtschaft immer mehr »Mutige« gibt, die Hinweise geben und Manipulationen sowie kriminelle Machenschaften nicht mitmachen. Unterstützung finden die Beschäftigten sicherlich durch Bemühungen im Bereich Compliance sowie Ansprechpartner wie Ombudsleute und Antikorruptionsbeauftragte. Die Sensibilisierung der Beschäftigten spielt sicherlich auch eine wichtige Rolle. Für den Behördenbereich ist hier zum Beispiel die Präventionsbroschüre des MIK NRW »Korruption – Das Problem der Anderen« zu nennen, die Beschäftigte entsprechend sensibilisieren soll.

Streife: Korruption ist ein besonders sozialschädliches Delikt. Können Sie etwas zu den Schäden sagen?

Meuter: Wie hoch die durch Korruptionskriminalität insgesamt verursachten Schäden sind, kann nicht abschließend bestimmt werden, da volkswirtschaftliche Sekundär- und Folgeschäden kaum zu errechnen sind. Es gibt verschiedene neue Untersuchungen zum Beispiel der EU, die von rund 13 Prozent eines Projektbudgets als Korruptionsschaden ausgehen. Da wir grundsätzlich die Tendenz der Täter haben, dass die »Korruptionsgaben« in die Aufträge eingerechnet werden, können zumindest die im Jahr 2013 für NRW gemeldeten und summierten geldwerten Vorteile der Nehmer von rund 23 Millionen Euro als Mindestschadenssumme benannt werden. In Verbindung mit Betrugs- und Untreuehandlungen können die Schäden extrem steigen, beispielhaft sind hier Baumängel oder Preissteigerungen zu nennen. Für das Jahr 2013 hat sich die Gesamtschadenssumme auf 112 Millionen Euro erhöht. >



Foto: LKA NRW

Christian Voßkühler, Leiter des Dezernats »Korruptions- und Umweltkriminalität« im LKA und Sachgebietsleiter Franz-Josef Meuter im Gespräch mit der Streife



Die Hotline des LKA können Sie unter folgender Rufnummer erreichen:



Streife: Gibt es noch weiteren Handlungsbedarf?

Voßkühler: Wir sind in NRW gut aufgestellt. Diesen Standard gilt es zu halten und die interdisziplinäre Vernetzung weiter auszubauen. Möglicher gesetzgeberischer Handlungsbedarf besteht für die Sparten »Gesundheit« und »Sport«. Hier sollten die Voraussetzungen geschaffen werden, um korruptes Verhalten auch dort verfolgen zu können. Beispielhaft können hierzu Sachverhalte wie das sogenannte »Sponsoring« von freiberuflich tätigen Ärzten und Apothekern durch Pharmaunternehmen genannt werden.

In Bezug auf die mögliche Korruption von politischen Mandatsträgern hat der Gesetzgeber reagiert. Mit Wirkung vom 1. September 2014 tritt die Neufassung des § 108e StGB zur »Abgeordnetenbestechung« in Kraft. Der Deutsche Bundestag hat am 21. Februar 2014 den Straftatbestand der Abgeordnetenbestechung deutlich erweitert. Nicht nur der direkte Stimmenkauf ist nun strafbar, sondern auch der Kauf anderer Handlungen von Abgeordneten wie zum Beispiel das Einbringen von Gesetzesvorschlägen. Weiterhin werden immaterielle Vorteile erfasst sowie Vorteile, die sich an Dritte richten. Strafbar ist das Verhalten aber nur dann, wenn der oder die Abgeordnete »im Auftrag oder auf Weisung« handelt. ///
Marcel Kremer, MIK NRW

DIE ENTSTEHUNGSGESCHICHTE DES DEZERNATS »KORRUPTIONS- UND UMWELTKRIMINALITÄT«

Die nordrhein-westfälischen Regierungsfractionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen in NRW veröffentlichten im Jahr 2003 ihre Maximen zur gemeinsamen Fortführung der Regierungskoalition und erklärten im »Düsseldorfer Signal für Erneuerung und Konzentration« die Einrichtung eines interdisziplinären Fachdezernats »Korruptions- und Umweltkriminalität« beim Landeskriminalamt NRW als Maßnahme von hoher politischer Priorität. Der »Untersuchungsstab Antikorruption« (»Task Force«) beim Ministerium für Inneres und Kommunales (MIK) NRW hatte erst Tage zuvor in einem alarmierenden Bericht darauf hingewiesen, dass auf dem Sektor der Müllentsorgung in Nordrhein-Westfalen über Jahrzehnte hinweg ein Klima gegenseitiger Abhängigkeiten zwischen Politik, privater Wirtschaft und der öffentlichen Verwaltung entstanden war, in dessen Dunstkreis Täter Korruptionsstraftaten in nicht abzuschätzendem Ausmaß begingen. Nicht wenige Anhaltspunkte ließen auf längst etablierte, flächendeckend agierende Täter und systematische Manipulationen des öffentlichen Vergabewesens in diesem Sektor schließen. Während auf bundespolitischer Ebene ergänzende Maßnahmen zur Korruptionsbekämpfung scheiterten, handelten die politisch Verantwortlichen in Nordrhein-Westfalen umgehend: Das MIK NRW beauftragte mit Erlass vom 24. Juli 2003 das Landeskriminalamt

damit, eine spezifische Konzeption zu erarbeiten. Bereits im April 2004 erfolgte die Einrichtung des Dezernates 15 »Korruptions- und Umweltkriminalität«. 23 Ermittlungsbeamtinnen und -beamte sowie zwei Betriebswirte versehen seither ihren Dienst in diesem Bereich. Organisatorisch ist das Dezernat 15 der Abteilung 1 »Ermittlungen, Auswertung und Analyse OK« des Landeskriminalamtes zugeordnet.

Die Ermittlungsverfahren beim Landeskriminalamt zielen auf die Entdeckung und den Nachweis überörtlicher bzw. überregionaler, »struktureller Korruption« ab.

Eine weitere Schwerpunktsetzung erfolgt bei der Bekämpfung gravierender Delikte der Umweltkriminalität. Neben dem Landeskriminalamt bearbeiten die Fachkommissariate in Köln und Bochum sowie die Kommissariate zur Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität überwiegend die Korruptionsdelikte. Mit Einrichtung des Dezernates 15 »Korruptions- und Umweltkriminalität« und dem damit verbundenen Aufbau einer behörden- und ressortübergreifenden Binnenstruktur sind für NRW Voraussetzungen geschaffen worden, um dem Korruptionsphänomen systematisch entgegentreten zu können und Korruptions- sowie schwere Umweltstraftaten wirksamer zu verfolgen.

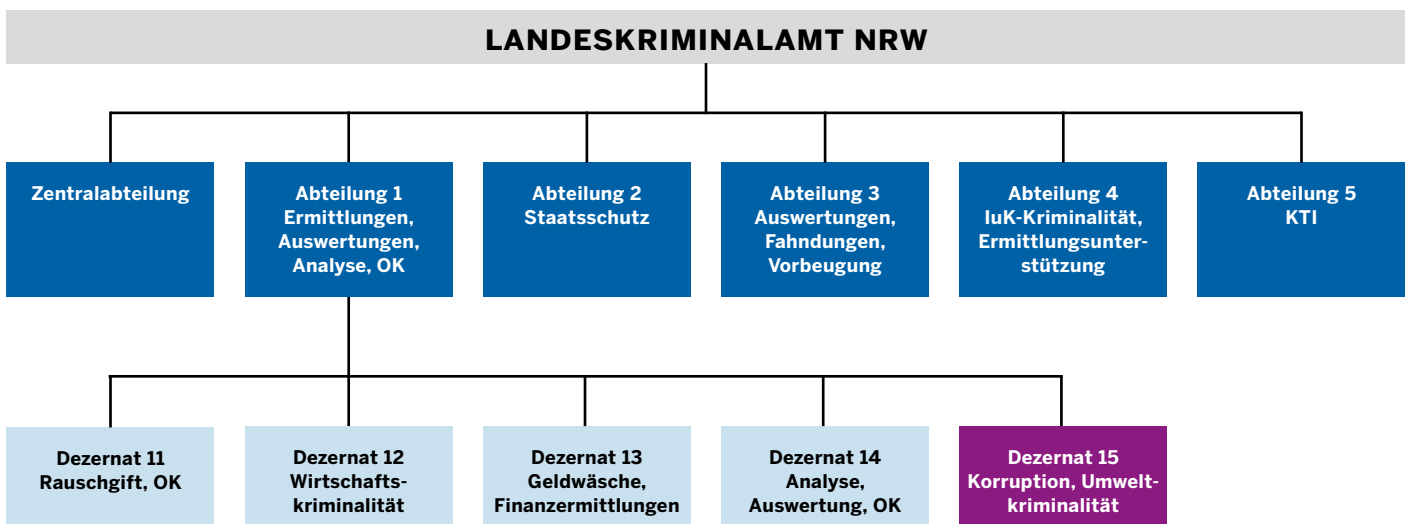


Foto: Jochen Tack



Salafisten in Nordrhein-Westfalen Extremismus als geschützte Religionsausübung?

Als fundamentalistische Strömung innerhalb des sunnitischen Islam ist Salafismus grundsätzlich vom Grundrecht der Religionsfreiheit erfasst. Extremistisch sind hingegen Salafisten, die sich

erkennbar und eindeutig gegen die Demokratie wenden und möglicherweise sogar Gewalt zur Durchsetzung ihrer Ziele befürworten oder anwenden. Eine differenzierte Betrachtung ist daher nötig.

Extremistische Salafisten sind eine Bedrohung für die Innere Sicherheit in Deutschland. Sie lehnen unser demokratisches Wertesystem ab und träumen von einem »Gottesstaat«. Gewaltorientierte Salafisten gehen für ihre Ziele in den »Jihad« oder greifen sogar in Deutschland zu terroristischen Methoden. Die Angriffe auf Polizeibeamte im Sommer 2012 in Solingen und Bonn, die Ablage einer Kofferbombe im selben Jahr und der vereitelte Anschlag auf einen rechtsorientierten Politiker im März 2013 in Leverkusen sind aktuelle Belege für die Gefährlichkeit dieser Strömung. Das Phänomen des Salafismus muss jedoch differenziert betrachtet werden, um zum einen demokratiefeindliche Bestrebungen und konkrete Bedrohungen zu erkennen, aber zum anderen auch Muslime nicht pauschal in eine extremistische Ecke zu stellen.

Nicht jeder Traditionalist ist ein Salafist

Salafismus ist dem Ursprung nach eine fundamentalistische Strömung innerhalb des sunnitischen Islam. Die Herkunft des Begriffes leitet sich aus dem Arabischen »al-Salaf al-Salih« (= die »frommen Altvorden«) ab. Salafisten berufen sich auf die Vorbildfunktion dieser frommen »Altvorden« aus dem ersten islamischen Jahrhundert sowie auf den Koran. Dies ist nicht per se extremistisch.

Wenn es darum geht, politische Extremisten zu stigmatisieren und gesellschaftlich zu isolieren, muss gerade beim Salafismus sehr klar zwischen den rein fundamentalistischen Inhalten, die im Rahmen der Freiheit des religiösen Bekenntnisses unter dem Schutz des deutschen Grundgesetzes stehen, und den politischen extremistischen Kernbotschaften unterschieden werden. Auch Extremisten können sich grundsätzlich auf die Freiheitsrechte in unserer Verfassung berufen. Extremistische Salafisten tragen vor allem das Grundrecht der Religionsfreiheit immer wieder als Abwehrschild gegen staatliche Eingriffe vor sich her. Daher ist es auch für den Polizeialltag hilfreich, Anhaltspunkte für eine Unterscheidung von Religionsausübung und Extremismus zu erhalten.

WAS IST SALAFISMUS?

Die Broschüre »Salafismus: Ursachen, Gefahren und Gegenstrategien« leistet in allgemein verständlicher Form einen Beitrag zur Aufklärung und zum Verständnis des Phänomens Salafismus. Sie kann über die Webseite www.mik.nrw.de/verfassungsschutz/islamismus/salafismus.html als Dokument heruntergeladen oder als Papiausgabe bestellt werden.



Kernbotschaften des extremistischen Salafismus

Extremistische Salafisten verstehen ihre Auslegung der islamischen Religion als Ideologie, Ordnungs- und Herrschaftssystem und verbinden mit ihr einen klaren politischen Auftrag:

- > Sie bezeichnen die Anerkennung der Demokratie als »Vielgötterei« (Arabisch: »shirk«)
- > Die Demokratie wird als »Ersatzreligion« bzw. »Götze« (Arabisch: »taghut«) angesehen
- > Alle diejenigen, die sich nicht den Regeln unterwerfen, werden als »Ungläubige« (Arabisch: »kafir/kuffar«) bezeichnet und aus der Gemeinschaft ausgeschlossen
- > Der »Jihad« wird einseitig als Glaubenspflicht bzw. Glaubenskrieg verherrlicht und angepriesen >

BEISPIEL FÜR VERFASSUNGSFEINDLICHE AUSSAGEN:

Aufruf in einem deutschsprachigen YouTube-Video: »Kämpft für diese Umma [Arabisch: Islamische Gemeinschaft] und opfert alles dafür. Nicht wie wir, die hier noch sitzen in Deutschland und wie Heuchler sich verstecken und Angst haben vor dem Taghut, vor dem Verfassungsschutz, vor dem Staatsschutz. Wacht auf! Steht auf! Rückt aus!«

BEISPIEL FÜR VERFASSUNGSFEINDLICHE AUSSAGEN:

»Das Übel an der Demokratie!«
Salafistisches Statement im Social Web: »Die Meisten von uns sind in diesem Land aufgewachsen oder leben schon viele Jahre hier. Die Politiker und die Gesellschaft möchten, dass wir Muslime die Demokratie akzeptieren und über den Quran stellen! Wir Muslime sagen dazu klar und deutlich NEIN. Wir werden unsere Religion niemals gegen dieses vom Menschen erfundene System eintauschen!«



Quelle: Facebook

Ziel ist die Errichtung eines »idealen« islamischen Staates, basierend auf einer strengen und absoluten Auslegung der Scharia, der Gesamtheit aller islamischen Glaubensregeln. Jihadisten als Anhänger von besonders gewaltorientierten Strömungen innerhalb des extremistischen Salafismus wollen dieses Ziel mit Einsatz von Waffen und terroristischen Handlungen erreichen.

Salafismus im Alltag

Um einen extremistischen Salafisten zu erkennen, muss man sich mit typischen Aktionsformen und dem ideologischen Weltbild auseinandersetzen. Allein der Hinweis auf ein vermeintlich »salafistisches Aussehen« reicht dabei nicht aus. In unterschiedlichen salafistischen Vereinen, Netzwerken und Organisationen wird Werbung für die eigene Weltanschauung betrieben. Die klaren extremistischen Botschaften dahinter sind auf den ersten Blick oftmals nicht erkennbar. Das Internet, insbesondere soziale Netzwerke und Medienplattformen, haben beim Austausch und der Verbreitung salafistischer Propaganda mittlerweile eine äußerst wichtige Bedeutung.

BEISPIEL FÜR AKTIONEN VON SALAFISTEN:

Koranverteilung: Unter dem Label salafistisch-motivierter Aktionsbündnisse werden kostenlos Exemplare des Koran verteilt. Problematisch ist dabei die damit verbundene Anwerbung neuer Anhänger für die Szene. Der Aufbau fester Informationsstände im öffentlichen Raum bedarf grundsätzlich der Genehmigung der zuständigen Ordnungsbehörde.



BEISPIEL FÜR AKTIONEN VON SALAFISTEN:

Spendensammlungen in Deutschland: Extremistische Salafisten sammeln in Deutschland über Hilfsvereine und bei eigenen Benefizveranstaltungen Gelder ein, mit denen manchmal auch nur vordergründig humanitäre Hilfe für Muslime in der Welt geleistet wird. Der Schwerpunkt liegt derzeit auf der Syrienhilfe.



Quelle: YouTube

Ein besondere Gefahr: Die Krisenherde im Nahen Osten

Die stetig steigende Zahl junger Salafisten, die in das syrische Kriegsgebiet ausreisen und dort am gewaltsamen Jihad teilnehmen, sind auf lange Sicht die größte Gefahr für die Innere Sicherheit und das friedliche Zusammenleben in Deutschland. Gewaltbereite Salafisten, die aus dem syrischen Bürgerkriegsgebiet zurückkehren, stellen ein besonderes Sicherheitsrisiko für unsere Gesellschaft dar. Die Polizei kennt sie beispielsweise als sogenannte »Gefährder« und »relevante Personen«. Bei entsprechenden Erkenntnissen werden bei diesem Personenkreis mit polizeilichen oder nachrichtendienstlichen Maßnahmen Informationen gewonnen und Gefahrenabwehr betrieben, bis hin zur Einleitung von Strafverfahren. In diesem Bereich arbeiten Polizei und Verfassungsschutz in Nordrhein-Westfalen anhand von Maßnahmenkonzepten eng zusammen.

Nach den Erkenntnissen des Verfassungsschutzes kommen erste junge Männer desillusioniert und verändert nach Deutschland zurück. Es ist damit zu rechnen, dass diese Zahl mit dem

ungebrochenen Fortlauf des Konflikts in der Region weiter ansteigen wird. Für Rückkehrer und junge Menschen, von denen keine unmittelbaren Gefahren ausgehen, muss es Möglichkeiten geben, wieder Anschluss an die zivile Gesellschaft zu finden. ///

Volker Trusheim, MIK NRW

BEISPIEL FÜR PROPAGANDA AUS DEM AUSLAND:

Unterstützung des bewaffneten Jihad in Syrien:

Ein nach Syrien ausgereister Jihadist aus Nordrhein-Westfalen berichtet in einem deutschsprachigen, bei YouTube eingestellten Video: »Hier gibt's bald Schulen für Kinder. Ihr könnt hier gut leben. Hier könnt ihr euren Islam frei praktizieren. Allah hat versprochen, auch wenn du auswanderst und dich der Tod ereilt, dir zu vergeben. Der Mujahid ist der Beste aller Menschen!«



Quelle: YouTube

Neben der Propaganda zur Teilnahme am Jihad wird auch auf Abenteuerromantik und ein vermeintlich besseres, islam-konformes Leben in den »befreiten« Gebieten in Syrien verwiesen. Die Jihadisten sehen sich selber als Speerspitze einer islamischen Avantgarde zur Wiedererrichtung des Kalifates.

Präventionsprogramm »Wegweiser« Einstieg in die salafistische Szene verhindern

Neben den repressiven Maßnahmen gegen gewaltbereite Salafisten geht NRW neue Wege – so etwa durch den Ausbau von präventiven Maßnahmen. Im März 2014 startete das landesweite Präventionsprogramm »Wegweiser« zunächst in den drei Städten Düsseldorf, Bochum und Bonn. Es soll den Einstieg der vorwiegend jungen Menschen in den gewaltbereiten Salafismus verhindern. Ziel ist es auch, sich um diejenigen zu kümmern, die bereits Schritte in Richtung der gewaltbereiten salafistischen Szene unternommen haben.

In den meisten Fällen von Radikalisierung bemerkten die Menschen im Umfeld der Person eine eindeutige Veränderung, waren sich aber nicht im Klaren, ob und wie sie Beratung bekommen können, um den Angehörigen, Freunden oder Mitschülern zu helfen. In örtlichen Anlaufstellen können jetzt alle Ratsuchenden bei den dort tätigen Betreuern Informationen

und vertrauliche Hilfe erhalten. Behörden und andere Institutionen können sich mit jeglicher Fragestellung an die Anlaufstellen wenden. Dabei arbeiten die Berater in den Anlaufstellen nicht isoliert, sondern – abgestimmt mit den Ratsuchenden – mit einem großen Netzwerk von weiteren örtlichen Partnern wie Sozialarbeitern, der Jugendhilfe, Schulen, Jobcentern, einzelnen Moscheegemeinden oder der Polizei zusammen. So wird deren Expertise eingebunden und eine konkrete, schnelle und wirksame Hilfe direkt vor Ort gewährleistet. Gerade die Polizei kann ein wichtiges Bindeglied sein, um hilfesuchenden Angehörigen präventive Beratung und Begleitung von kompetenten Wegweiser-Betreuern zu vermitteln und das »Wegweiser«-Angebot weiter bekannt zu machen. »Wegweiser« kann in den Fällen, in denen die Zuständigkeit der Polizei nicht greift, der richtige Ansprechpartner sein, um Hilfestellung anzubieten.

MIK ist ebenfalls Ansprechpartner

Da lokale Anlaufstellen zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht flächendeckend im Land eingerichtet sind, steht das Präventionsprogramm »Wegweiser« den Ratsuchenden, Angehörigen und Betroffenen gleichzeitig über ein Team beim Ministerium für Inneres und Kommunales (MIK) NRW zur Verfügung. Über die Hotline oder E-Mail-Adresse kann auch hier unmittelbar Kontakt aufgenommen werden. Dabei spielt es keine Rolle, ob nur Informationen zum Thema »Salafismus« benötigt werden oder ob es sich um eine konkrete Bitte um Hilfe handelt.

Das »Wegweiser«-Team beim MIK ist neben Anfragen aus den Regionen außerhalb der Modellkommunen insbesondere auch der Ansprechpartner, wenn z. B. radikalisierte Personen betroffen sind, die bereits salafistischen Gruppierungen angehören und Anhaltspunkte bestehen, dass sie sich von ihnen lösen könnten. >

WEGWEISER
IN NORDRHEIN-WESTFALEN

**GEMEINSAM
GEGEN
GEWALTBEREITEN
SALAFISMUS**

KRIMINALITÄT

Für alle im Präventionsprogramm Wegweiser arbeitenden Betreuer und Berater genießt die Vertraulichkeit der Kontaktaufnahme, der Gespräche und der besprochenen Maßnahmen oberste Priorität.

Beratungsangebote sollen ausgebaut werden

Ein weiterer Ausbau von »Wegweiser« ist in den nächsten Jahren sukzessiv vorgesehen, um in ganz NRW Anlaufstellen zu schaffen. Die Praxis zeigt, dass vor allem in Jugend- und Bildungseinrichtungen ein großer Bedarf an Aufklärung, Information und Beratung besteht. Insbesondere für diese Bereiche sowie für Vertreter örtlicher Behörden und der Polizei wird das MIK in den verschiedenen Regionen des Landes in den nächsten Monaten über regionale Konferenzen Sensibilisierungsveranstaltungen anbieten. Darin soll über den

aktuellen Stand des extremistischen Salafismus und die Möglichkeiten der Prävention informiert werden.

Für ein flächendeckendes Beratungsangebot sind die erforderlichen finanziellen Mittel beantragt. Erste Verhandlungen mit weiteren Kommunen haben bereits begonnen. Zusätzlich sind Maßnahmen in Zusammenarbeit mit anderen Landesressorts in Planung.

Bestehendes Know-how nutzen

In der Startphase des Programms hat das MIK in den Modellkommunen auf die bereits vorhandene Expertise einzelner Einrichtungen oder Personen aufgebaut. In Bochum konnte mit der Anbindung an den »IFAK e. V. – Verein für multikulturelle Kinder- und Jugendhilfe – Migrationsarbeit« als Träger der Anlaufstelle auf eine Einrichtung mit jahrelangen Erfahrungen

in der Förderung von Familien mit Zuwanderungsgeschichte zurückgegriffen werden. In Bonn wurde die Beratungsstelle organisatorisch an die Stabstelle für Integration angegliedert, die sich bereits durch ein breites Netzwerk verschiedenster Partner auszeichnet. In Düsseldorf haben die Vorgespräche mit den verschiedenen örtlichen Partnern ergeben, dass ein eigener Wegweiser-Verein gegründet wird. Dessen ehrenamtliche Mitglieder begleiten zusammen mit allen anderen örtlichen Netzwerkpartnern die Arbeit der Wegweiser-Betreuer. Als ehrenamtlich tätigen Vorstandsvorsitzenden konnte der Verein Dirk Sauerborn gewinnen, der seine langjährige Erfahrung als Kontaktbeamter muslimischer Institutionen (KMI) in die Arbeit mit einbringt. /// **Anke Mönter, MIK NRW**

The screenshot shows the website of the 'Wegweiser' program. The main headline reads 'Wegweiser - Präventionsprogramm gegen gewaltbereiten Salafismus'. Below the headline, there is a list of bullet points describing the program's goals and current status. A sidebar on the left contains a navigation menu with categories like 'Aktuelles', 'Rechtsextremismus', 'Linksextremismus', 'Islamismus', 'Transnationaler Terrorismus', 'Regionale terroristische Organisationen', 'Gewaltfördernde Organisationen', 'Legistische Organisationen', 'Personen', 'Begriffe', 'Methoden der Propaganda', and 'Themenfelder und ...'. At the bottom of the page, there is a logo for 'WEGWEISER IN NORDRHEIN-WESTFALEN' with the slogan 'GEMEINSAM GEGEN GEWALTBEREITEN SALAFISMUS'. The website header includes the logo of the 'Ministerium für Inneres und Kommunales des Landes Nordrhein-Westfalen'.

Informationen zum Programm und alle Kontaktdaten gibt es unter www.wegweiser.nrw.de. Von dort gelangen Interessierte auch zu den Angeboten der Modellkommunen Düsseldorf, Bochum und Bonn.

Zentraler Kontakt zu »Wegweiser«:
Hotline.: 0211 871 2728
E-Mail: info@wegweiser.nrw.de.



Das Präventionsprogramm »Wegweiser«

»Dreh- und Angelpunkt ist Vertrauen«



Foto (2): Ulrike Reinker

Die Gesprächsszene zeigt den Dialog mit dem Vorstand des Islamischen Zentrums e. V. in Düsseldorf mit Bürgerinnen und Bürgern eines vom Kontaktbeamten des PP Düsseldorf initiierten und geführten Rundgangs durch die Vielfalt des Viertels.

Beim Präventionsprogramm »Wegweiser« ist die Polizei ein wichtiger und verlässlicher Netzwerkpartner. Die lokalen Projekte profitieren neben der fachlichen Expertise vor allem von der fast immer sehr guten Vernetzung der Polizeibeamtinnen und -beamten. So verfügen die Kontaktbeamtinnen und -beamten zu muslimischen Institutionen (KMI) in der Regel über zahlreiche Kontakte nicht nur zu den Moscheegemeinden, sondern zu vielen Institutionen in den Kommunen, die sich mit dem Themenfeld Extremismusbekämpfung befassen. Dirk Sauerborn ist Kontaktbeamter beim Polizeipräsidium Düsseldorf und zugleich ehrenamtlicher Vorstand des Vereins Düsseldorfer Wegweiser e. V.

Streife: Herr Sauerborn, was bedeutet »Netzwerkarbeit« für Sie?

Sauerborn: Zunächst einmal: Bekannt sein, persönliche Beziehungen aufbauen und pflegen, vertrauensvolle Gespräche führen. Ansprechbar sein für polizeiliche Fragen rund um Strafverfolgung und Kriminalprävention. Dabei sein in Gremien – in Düsseldorf beispielsweise bei der Fachgruppe Extremismus des Kriminalpräventiven Rates. Die besondere Funktion der KMI gibt es nun schon seit zehn Jahren. Sie hat sich bewährt.

Wie kann man sich die Zusammenarbeit beim Programm »Wegweiser« im Einzelfall vorstellen?

Sauerborn: Ich will es an Beispielen festmachen. Im Rahmen eines Beratungsgesprächs erfährt der Betreuer des Wegweiserprogramms von einem Sachverhalt, in dem polizeiliche Expertise gefragt ist, zum Beispiel in Bezug auf Opfer- oder Zeugenschutz. Der kurze Draht zum KMI sorgt für eine rasche und direkte Vermittlung zu den Fachdienststellen. In einem anderen Fall soll nach Möglichkeit der Imam einer

örtlichen Moschee in die Beratung einbezogen werden; der KMI, der seit Jahren vertrauensvolle Kontakte zu dieser Moschee pflegt, ist da »Türöffner«.

Und wie sieht es mit »schwierigeren Fällen« aus?

Sauerborn: Auch hier ein Beispiel: Der Betreuer erfährt von einer Straftat; hier bewährt sich die vertrauensvolle Kooperation ebenfalls. Wir arbeiten hier in einem sehr sensiblen Bereich. Und die Hemmschwelle, zur Polizei zu gehen, ist nicht selten hoch. Da ist es gut, »seinen« Polizisten zu kennen. Es kann aber auch sinnvoll sein, dass Betreuer und KMI gemeinsam einen gefährdeten Jugendlichen aufsuchen, um mit ihm über die Gefahren des Pseudo-Salafismus zu reden. Dreh- und Angelpunkt ist das Vertrauen, das zwischen den handelnden Akteuren herrscht.



Dirk Sauerborn, Kontaktbeamter beim PP Düsseldorf

Ergeben sich bei der Zusammenarbeit von »Wegweiser« und Polizei nicht auch hin und wieder Zielkonflikte?

Sauerborn: Wegweiser verfolgt einen zivilgesellschaftlich orientierten, niedrigschwelligem Ansatz. Bei Straftaten gilt nach wie vor: Konsequente Verfolgung dieser Delikte! »Wegweiser« und Polizei stehen nicht in Konkurrenz zueinander, sondern sie ergänzen sich. ///

Redaktion Streife

Bekämpfung des Islamistischen Terrorismus

Die Fahndungsgruppe Staatsschutz des LKA NRW sucht Verstärkung



Die Sorge vor einem terroristischen Anschlag in Deutschland stellt die Sicherheitsbehörden vor große Herausforderungen. Aktuell wird vor Jihadisten gewarnt, die aus Syrien oder dem Irak mit konkreten Anschlagplänen nach Europa zurückkehren. Die salafistische Szene in NRW steht im besonderen Fokus der Sicherheitsbehörden. Die Fahndungsgruppe Staatsschutz des LKA NRW (FG/ST) nimmt Observations-, Aufklärungs-, Ermittlungs- und Fahndungsmaßnahmen in den Phänomenbereichen der politisch motivierten Kriminalität wahr. Seit Ende 2001 liegt der Schwerpunkt ihrer Einsätze auf dem Gebiet der Bekämpfung des Islamistischen Terrorismus. Interessierte Kolleginnen und Kollegen können sich jetzt auf freie Stellen bewerben.

» Achtung, die Zielperson verlässt das Haus!« – Mit diesen Worten beginnt, was den Arbeitsalltag der FG/ST so abwechslungsreich macht. Zu Beginn der Observation weiß das Team nie, was der Tag bereithält und wo der Einsatz zu Ende gehen wird. Die verdeckte Observation stellt die Staatsschützer immer wieder vor neue Herausforderungen.

Die Fahndungsgruppe Staatsschutz des LKA NRW ist eine Dienststelle, die auf Anforderung verschiedenste Einsätze bewältigt – für die Staatsschutzabteilung des LKA NRW und für die Kriminalinspektionen Polizeilicher Staatsschutz des Landes NRW. Im Vordergrund steht das Erstellen von

Kontakt- und Bewegungsbildern. Doch auch das Feststellen von Straftaten und gegebenenfalls die Festnahme von Straftätern sowie die Beweissicherung und Dokumentation gehören dazu. Unterstützt werden die Taktiker und Taktikerinnen bei ihren Observationen von der dezernatseigenen Technischen Gruppe. Diese stellt die spezielle Technik, unter anderem für Foto- und Videoüberwachungen, zur Verfügung.

Aufgaben und Voraussetzungen

In einsatzintensiven Zeiten kann es vorkommen, dass die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen der FG/ST langes Durchhaltevermögen und Flexibilität zeigen müssen. Umso wichtiger ist ihnen der Zusammenhalt im Team. Neben der Langzeitobservation arbeiten sie auch bei Einsätzen aus besonderem Anlass in entsprechenden Einsatzabschnitten der Staatsschutzabteilung des LKA NRW mit. Die einsatzbezogene Sachbearbeitung und die enge Zusammenarbeit mit der Auftrag gebenden Dienststelle gehören ebenfalls zu ihrem Aufgabenfeld.

Die Fahndungsgruppe sucht Nachwuchs für den Standort Düsseldorf und den ausgelagerten Standort im östlichen Ruhrgebiet. Bewerberinnen und Bewerber sollten dem gehobenen Dienst der II. oder III. Säule angehören und die dreijährige Mindestverwendung in ihrer Behörde abgeleistet haben. Außerdem sollten sie sportlich fit sein, dem »Arbeitsplatz Auto« positiv gegenüberstehen und technisches Verständnis mitbringen. Zur Vorbereitung auf ihre neue Aufgabe erhalten die neuen Kolleginnen und Kollegen eine spezielle Fortbildung in den Bereichen der taktischen Observation, der technisch-operativen Einsatzmittel sowie zu den Phänomenbereichen des Staatsschutzes.

Die Stellenausschreibung ist noch bis zum 1. September 2014 abrufbar. Am 18.

August 2014 finden in der Zeit von 10.00 bis 13.00 Uhr im LKA NRW Informationsveranstaltungen zur Vorstellung des Dezernats 22, des Ausbildungskonzepts und der Anforderungen im Auswahlverfahren statt.

Interessenten werden um vorherige telefonische oder schriftliche Anmeldung bei der Führungsgruppe des Dezernats 22 gebeten. // Claudia Franken, LKA NRW

Die ausgeschriebenen Stellen der FG/ST finden Sie im Intranet unter http://intrapol.polizei.nrw.de/ZentraleAufgaben/perso/stellen_land/Seiten/Stellenausschreibung_Staatsschutz.aspx

Nähere Informationen zu den Bewerbungsvoraussetzungen finden Sie ebenfalls im Intranet.

Ansprechpartner:

Führungsgruppe Dezernat 22

CN-Pol: 07 224-2202 oder -2205

Fax: 07 224-2290

E-Mail: 33-dez22.lka@polizei.nrw.de



Internationale Beachtung für Holocaust-Forschung am Polizeipräsidium Düsseldorf

PHK Klaus Dönecke als Ehrengast in Gedenkstätte Yad Vashem

Die International School for Holocaust Studies (ISHS) der Holocaust-Gedenkstätte Yad Vashem veranstaltete vom 7. bis 10. Juli 2014 in Jerusalem die Konferenz »Through Our Own Lens«. Rund 450 Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus insgesamt 50 Nationen erörterten, wie das Gedenken an den Völkermord an 6,3 Millionen Juden in der Zeit der nationalsozialistischen Diktatur bisher vermittelt wurde und wie dies auch für künftige Generationen wach zu halten und zu vermitteln ist. Viele international renommierte Wissenschaftler, Autoren und Publizisten, darunter z. B. Serge und Arno Klarsfeld sowie Prof. Daniel Goldhagen, beteiligten sich mit Analysen und Vorträgen an der Veranstaltung.



Foto: Picasa

Aus Sicht der Polizei NRW ist die Einladung der ISHS an den am Polizeipräsidium Düsseldorf angegliederten Verein »Geschichte am Jürgensplatz e. V.« besonders beachtlich. Der Verein erforscht schon seit 2004 unter anderem die Rolle der Polizei im Raum des heutigen Nordrhein-Westfalens im »Dritten

Reich«. Der Vorsitzende des Vereins, Polizeihauptkommissar Klaus Dönecke, wurde für diese von ihm über viele Jahre inspirierte und mit großem Elan koordinierten Arbeiten bereits 2010 mit dem Bundesverdienstkreuz ausgezeichnet. Er war nun als einer der Ehrengäste nach Yad Vashem eingeladen, um dort unter dem Titel »History and Memory – The German Police (ORPO) and the Holocaust« seine zurückliegenden und aktuellen Arbeiten zu präsentieren. Der dazu von Dr. Noa Mkayton (ISHS) und ihm präsentierte Workshop wurde von rund 150 Konferenzteilnehmern besucht und damit international sehr interessiert aufgenommen.

Klaus Dönecke konzentriert sein polizeigeschichtliches Wirken aktuell auf die Erforschung der Beteiligung von Düsseldorfer Polizisten des damaligen Reserve-Polizeibataillons 67 am Holocaust. Die gerade vor solchem Hintergrund für einen deutschen Polizisten nicht unbedingt selbstverständliche Einladung und die

Würdigung der Düsseldorfer Vereinsarbeit durch die International School for Holocaust Studies in Yad Vashem haben daher auch für die Polizei NRW einen hohen Stellenwert. ///

Dieter Schürmann, MIK NRW

@ Weitere Informationen zur Konferenz der ISHS gibt es unter www.yadvashem.org und zum »Geschichte am Jürgensplatz e. V.« unter: <http://geschichte-am-jürgensplatz.de>





Bessere Sichtbarkeit für mehr Sicherheit

Die blau-silbernen Fahrzeuge der NRW-Autobahnpolizei erhalten neongelbe Zusatzfolien



Fotos (2): Michael Luckis

Ab Anfang August fährt die nordrhein-westfälische Autobahnpolizei mit den ersten farblich neu gestalteten Streifenwagen. Auf deren blau-silberne Grundlackierung werden großzügig neongelb-farbige Reflektorfolien aufgeklebt. Ziel ist es, damit den Schutz der auf den Autobahnen agierenden Polizeibeamtinnen und -beamten zu verbessern und auch die Sicherheit der Verkehrsteilnehmer zu erhöhen.

Die neuen Folien führen nicht nur zu einer verbesserten Erkennbarkeit bei Tageslicht. Sie eignen sich insbesondere für den Einsatz bei Dunkelheit, weil die markante dreieckige Folienform am Fahrzeugheck Scheinwerferlicht reflektiert.

Häufig müssen die Streifenwagen vom Seitenstreifen der Autobahn aus z. B. vor Rückstaus warnen oder auf Hindernisse hinweisen. Gerade in diesen Situationen soll die auffällige Beklebung der Karosserie die schnellere Erkennbarkeit der Fahrzeuge sichern und so vor schweren Auffahrunfällen schützen.

Künftig werden dann im Rahmen der Ersatzbeschaffung auch alle Streifenwagen des Wachdienstes in den Kreispolizeibehörden mit diesen Reflektorfolien ausgestattet. ///

Frank Bramkamp, LZPD NRW

Polzeilandesmeisterschaften im Sportschießen Ehrenpreis für Anne Bielefeld und Axel Thutwol

Vom 28. bis 29. April 2014 fanden die 31. Polzeilandesmeisterschaften im Sportschießen statt. Ausrichter war das Polizeipräsidium Dortmund mit Unterstützung des Polzeisportvereins Dortmund 1922 e. V. Die zwölf Disziplinen wurden in rund 150 Einzelstarts im Landesleistungszentrum des Westfälischen Schützenbundes 1861 e. V. und dem Landesamt für Ausbildung, Fortbildung und Personalangelegenheiten des Landes Nordrhein-Westfalen ausgetragen.

Bei der Siegerehrung überreichte der Dortmunder Polizeipräsident Gregor Lange die Urkunden und Medaillen. Die Ehrenpreise des Ministers wurden stellvertretend für das Ministerium für Inneres und Kommunales durch Polizeidirektor Burkhard Kowitz überreicht, den Vorsitzenden des Polzeisportkuratoriums NRW.

Den Ehrenpreis erhielt bei den Frauen Kommissaranwärterin Anne Bielefeld (PP Dortmund) als beste Nachwuchsschützin, die in zwei verschiedenen Gewehrdisziplinen gestartet war. Sie wurde mit dem Luftgewehr Polzeilandesmeisterin und sicherte sich darüber hinaus durch eine weitere Topleistung in der Disziplin Kleinkaliber-Sportgewehr zudem den Titel der Vizemeisterin.



Ehrenpreis für das Lebenswerk

Bei den Männern wurde der Erste Kriminalhauptkommissar Axel Thutwol für den Ehrenpreis ausgewählt und erhielt die Auszeichnung für sein Lebenswerk. Seine schießsportliche Karriere bei der Polizei NRW begann mit einer ersten Teilnahme an den Polzeilandesmeisterschaften im Jahr 1971. In den zurückliegenden 43 Jahren erkämpfte er durch die Teilnahme an zahlreichen Polzeilandesmeisterschaften und Deutschen Polizeimeisterschaften sehr viele Titel bei Einzel- und Mannschaftswettbewerben.

Axel Thutwol war über viele Jahre hinweg ein Leistungsträger im Polzeilandeskader der Sportschützen und stand über seine Wettkampfteilnahme hinaus auch immer wieder in vielen organisatorischen Belangen als Ansprechpartner unterstützend zur Seite.

Eine weitere herausragende Leistung erbrachte Polizeihauptkommissar Michael Krajewski vom PP Aachen, der in der Disziplin »Dienstpistole« mit 385 von 400 möglichen Ringen einen neuen Polzeilandesrekord aufstellte.

Abschließend gab Kriminalhauptkommissar Aribert Jandrey die Nominierungen für die Deutschen Polizeimeisterschaften bekannt, die vom 29. Juli bis 1. August 2014 auf der Schießsportanlage des Bundesstützpunktes Sportschießen in Hannover stattfanden. ///

Aribert Jandrey (PP Dortmund)

Europäische Polizeimeisterschaft im Fußball der Männer Deutschland ist zum 11. Mal Europäischer Polizeimeister



Vom 23. bis 30. Juni 2014 wurde in Prag (Tschechische Republik) die Endrunde der Europäischen Polizeimeisterschaft (EPM) im Fußball ausgetragen. Das Deutsche Polizeisportkuratorium hat sich namens des Bundes und der Länder mit einer Nationalauswahl an dieser Meisterschaft beteiligt.

Im Prager Stadion Evžena Rošického standen sich im Finale die Mannschaften aus Griechenland und Deutschland gegenüber. Am Vortag konnte das Deutsche Team den Titelträger Frankreich besiegen und schoss sich mit 3:0 Toren in das Finale. Griechenland war bislang ungeschlagen im Turnier.

Der zehnfache Europameister aus Deutschland sicherte sich im Endspiel bereits in der 22. Minute die Führung. Jedoch konnte der Gegner in der letzten Spielminute der ersten Halbzeit noch ausgleichen. In der zweiten Halbzeit waren es dann die Griechen, die die Führung mit 2:1 übernahmen. Das sollte aber das letzte Tor des Gegners gewesen sein, denn mit gestärktem Kampfgeist glich der Nationalkader direkt wieder aus und sicherte sich den Vorsprung ab der 60. Minute mit zwei

weiteren Toren. Das Spiel endete verdient 4:2 für das deutsche Team.

Beim Spiel um Platz 3 konnte der Gastgeber aus der Tschechischen Republik überzeugen und holte sich mit 2:1 die Bronzemedaille gegen Frankreich.

Aus Nordrhein-Westfalen kämpfte im Nationalkader Polizeikommissar (PK) Christian Hinz vom Polizeipräsidium (PP) Oberhausen mit. ///

Andrea Schaub, Polizeisportkuratorium NRW, Quelle: Deutsches Polizeisportkuratorium

18. Polizeilandesmeisterschaften im Radsport

Hohe Teilnehmerzahl und sehr gute Leistungen beim Zeitfahren



Ende Juni fanden die 18. Polizeilandesmeisterschaften im Radsport in Lippetal-Lippborg (Landrat Soest) statt. Ausgerichtet wurden sie vom Radsportverein (RSV) Werl-Wickede in Kooperation mit dem Polzeisportverein (RSV) Soest und mit Unterstützung durch die Kreispolizeibehörden Soest und Warendorf.

Auf dem Programm stand ein Zeitfahren über 18 km auf welligem Terrain mit guten Fahrbahnbedingungen. Die Wertung erfolgte in verschiedenen Altersklassen für Männer und Frauen aus NRW sowie in einer eigenen Gästeklasse. Dafür hatten sich 220 Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus NRW sowie einige aus anderen Bundesländern gemeldet.

Die Veranstaltung wurde durch den Bürgermeister der Gemeinde Lippetal, Matthias Lürbke, sowie dem Direktionsleiter Gefahrenabwehr und Einsatz der Polizei, Polizeidirektor (PD) Michael Schrage, eröffnet. Im Anschluss wurde der erste Fahrer auf die Strecke geschickt. Bei angenehmen Temperaturen fanden alle Zeitfahrerinnen und Zeitfahrer gute und gleiche Wettkampfvoraussetzungen vor.

Das Zeitfahren war eine erneute Bestandsaufnahme und Standortbestimmung für die nächsten Polizeiwettkämpfe, bei der ausgezeichnete Leistungen erzielt wurden.

Die Siegerinnen und Sieger

Zeitschnellster war Uwe Rausch vom Polizeipräsidium (PP) Köln, der die Strecke in 23:56 Minuten zurücklegte. Diese herausragende Leistung wurde auch mit dem Ehrenpreis des NRW-Innenministers gewürdigt. Auf den zweiten Platz kam mit Christian Kock ein junger Nachwuchsfahrer vom PP Köln, Dritter wurde Jörn Breckwoldt vom PP Dortmund.

Die schnellste Radsportlerin war Lisa Brömmel vom Landrat (LR) Wesel, die eine hervorragende Zeit von 27:34 Minuten erzielte und dafür den Ehrenpreis des Ministers erhielt, Zweite wurde Inge Roersch vom PP Bonn vor Inga Sieven vom PP Aachen.

Die Ehrungen übernahmen die Landrätin der Kreispolizeibehörde Soest, Eva Irrgang, Matthias Lürbke, und PD Michael Schrage. Der Ehrenpreis des Ministers wurde in Vertretung des Polzeisportbeauftragten des Landes NRW vom Vorsitzenden des Polzeisportkuratoriums, PD Burkhard Kowitz, überreicht.

Lob gab es von allen Seiten für die hervorragende Organisation, die durchaus anspruchsvolle, aber gute Streckenführung und für die gelungene Durchführung seitens des Veranstalters, der durch die Kampfrichtergemeinschaft NRW sowie die Polizei Soest und Warendorf unterstützt wurde. ///

Lambertus Hartmann, PP Düsseldorf



Nachwuchswerbung einmal anders 2.000 Kinder waren zu Besuch bei der Hagener Polizei

Die Planung eines Kindergeburtstages treibt so manchen Eltern die Schweißperlen auf die Stirn: Was könnte den Kleinen alles gefallen und was ist sonst noch zu beachten? Mit solchen Fragen hat sich das Polizeipräsidium Hagen in diesem Jahr ebenfalls sehr intensiv beschäftigt. Geplant wurde allerdings nicht ein Kindergeburtstag, sondern ein Kindertag.

Mit einem bunten Programm brachte die Hagener Polizei als erste Behörde in Nordrhein-Westfalen den Fünf- bis Zehnjährigen Kindern aus umliegenden Kindergärten und Grundschulen im Juni 2014 die polizeiliche Arbeit näher. »Wir wollen auf diesem Wege das Vertrauen unserer Hagener Kinder gewinnen, ihnen zeigen, dass die Polizei ihr Freund und Helfer ist, sie an unserem Berufsalltag schnuppern lassen und ihnen das richtige Verhalten im Straßenverkehr beibringen«, erklärt Polizeipräsident Frank Richter die Idee.

Diensthunde, Fingerabdrücke und Polizeigewahrsam

Nachdem die ersten Gespräche geführt waren, zeichnete sich bereits eine überwältigende Resonanz ab: Insgesamt 2.000 Kinder hatten zugesagt. Schnell war klar, dass eine solche Anzahl organisatorisch an einem Tag nicht zu bewältigen ist. Die eigens für die Planung des Tages eingerichtete Arbeitsgruppe schlug daraufhin vor, die Veranstaltung auf zwei

Vormittage aufzuteilen und die 1.000 Kindergartenkinder und 1.000 Grundschul Kinder getrennt zu betreuen. Jeweils im Zeitraum von 9.00 Uhr bis 13.00 Uhr wurde einiges für die kleinen Besucher geboten: Darbietungen von drei Puppenbühnen aus Hagen und umliegenden Behörden, ein Malwettbewerb, der LAFP-Truck, mehrere Diensthundevorführungen, ein Fahrradparcours, die Besichtigung des Polizeigewahrsams, Fotoaktionen mit einem Polizeimotorrad, Kinderausweise mit Fingerabdrücken, zahlreiche Einsatzfahrzeuge, Tanzaktionen mit dem Polizeisportverein, eine Vorführung der Landesturnriege, mehrere Basketballkörbe, ein als Polizist verkleidetes Maskottchen und vieles mehr standen für die jeweils 1.000 jungen Gäste auf dem Programm. Dabei glich das Gelände des Hagener Polizeipräsidiums für einige Stunden mehr einem Freizeitpark, als dem einer Behörde.

»Ich werde Polizist!«

Zahlreiche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Hagener Polizei meldeten sich freiwillig als Helfer für die beiden Tage und trugen zum guten Gelingen bei. »Für alle war es ein unvergesslicher Tag. Ich fand es sehr beeindruckend, in so viele

leuchtende Kinderaugen zu sehen«, sagt Polizeihauptkommissarin Nicole Schulz, die ebenfalls als freiwillige Helferin zum reibungslosen Ablauf beigetragen hat.

Viele Kinder kamen auch Tage später nicht mehr aus dem Schwärmen heraus. So berichteten sie im Kindergarten oder ihrer Schule, wie sie auf einem echten Polizeimotorrad sitzen und das Blaulicht eines Streifenwagens einschalten durften. Aber auch das Einfangen eines weggelaufenen Sträflings ist vielen noch in guter Erinnerung geblieben. Nach den beiden Tagen hatten zahlreiche Kinder ihren Berufswunsch ganz klar vor Augen: »Ich werde Polizist!«

Auch meldeten sich begeisterte Eltern auf der Facebook-Seite der Hagener Polizei zu Wort und berichteten von den eindrucksvollen Erlebnissen ihrer Kinder. Schnell kam dort auch die Frage auf, ob es eine Wiederholung des Kindertages gibt. »Die wird es mit Sicherheit irgendwann geben, allerdings stehen im nächsten Jahr erstmal andere Dinge auf dem Programm«, teilte der Hagener Polizeipräsident mit. In Hagen freut man sich allerdings schon jetzt auf einen Kindertag 2.0. //

Tino Schäfer, PP Hagen



Position der Hochschule der Polizei wird weiter gestärkt Hans-Jürgen Lange ist neuer Präsident der DHPol



Die Deutsche Hochschule der Polizei (DHPol) in Münster hat seit dem 1. Juli einen neuen Präsidenten. Prof. Dr. Hans-Jürgen Lange hat Ende Juni in Düsseldorf seine Ernennungsurkunde aus den Händen von NRW-Innenminister Ralf Jäger entgegengenommen.

»Für die Hochschule ist die Neubesetzung ein wichtiger Meilenstein. Sie trägt dazu bei, dass die Position der noch jungen Hochschule in der deutschen Hochschul-landschaft weiter gestärkt wird«, erklärte Jäger. Mit der Berufung ging eine einjährige Vakanz an der Spitze der DHPol zu Ende. Erstmals hat ein Universitätsprofessor die Funktion des Präsidenten inne. Ralf Jäger: »Prof. Lange ist nicht nur ein anerkannter Fachmann für Sicherheitsfragen, mit seiner Erfahrung kennt er sich gut beim Hochschulmanagement aus. Er wird die Vernetzung und Kooperation mit anderen Hochschulen im Bund und in Europa fortsetzen sowie die wissenschaftliche Profilierung der DHPol vorantreiben.«

Hochschule mit starkem Praxisbezug

Hans-Jürgen Lange wurde 1961 in Bochum geboren. Er studierte Sozialwissenschaften mit dem Schwerpunkt Politikwissenschaft, Geschichte und Philosophie an der Universität Duisburg. Danach arbeitete er als wissenschaftlicher Mitarbeiter und Doktorand im Lehrgebiet Politikwissenschaft an der Fernuniversität Hagen. Zuletzt war er Professor und Inhaber des Lehrstuhls für Politikwissenschaft, Sicherheitsforschung und Sicherheitsmanagement an der Universität Witten/Herdecke. 2009 hatte er außerdem das Amt des Dekans der Fakultät für Kulturreflexion übernommen. Er ist ein ausgewiesener Experte in Sachen Polizeiforschung und Innere Sicherheit. Der Wechsel an die DHPol bedeutet für ihn, zum einen Polizei- und Sicherheitsforschung und zum anderen Hochschulpolitik und Hochschulmanagement zusammenbringen zu können. »Die DHPol ist eine interessante Einrichtung mit einem eigenständigen Aufgabenprofil. Sie ist Hochschule mit universitärem Status und damit Teil des Wissenschaftssystems. Zugleich hat sie als Hochschule der Polizei, die den gesamten Führungsnachwuchs aller Polizeien in Deutschland ausbildet, eine starke Praxisverankerung«, erklärte Lange.

Für angehende Führungskräfte innerhalb der Polizei ist die DHPol in Münster-Hiltrup eine bedeutende Ausbildungseinrichtung. Hier kann der Masterstudiengang »Öffentliche Verwaltung – Polizeimanagement« absolviert werden. Mit dem erfolgreichen Abschluss nach mindestens sechs Semestern qualifizieren sich die Studierenden für den Höheren Polizeivollzugsdienst. Derzeit studieren dort mehr als 220 Polizistinnen und Polizisten, um sich einen akademischen Grad zu erarbeiten. Die DHPol ist aus der einstigen Führungsakademie der Polizei hervorgegangen. Sie wurde im vergangenen Jahr vom deutschen Wissenschaftsrat als Hochschule akkreditiert. ///

Redaktion Streife

TAUSCHGESUCHE

Ein Polizeikommissar, 29 Jahre, von der Bereitschaftspolizei Bremen sucht ab 1. Januar 2015 eine Tauschpartnerin/einen Tauschpartner aus NRW (Tel.: 0172 977 88 80).

Eine Polizeikommissarin, 29 Jahre alt, von der Bereitschaftspolizei Bremen sucht ab 1. Januar 2015 eine Tauschpartnerin/einen Tauschpartner aus NRW (Tel.: 0175 22 74 972).

Ein Wechsel zum Einsatzdienst in Bremen (in NRW Wach- und Wechseldienst) wäre unproblematisch.

»Dies ist Euer Tag!« 1.477 Polizeianwärterinnen und -anwärter legten Diensteid ab

Das Polizeipräsidium Köln war erneut der Gastgeber der zentralen Vereidigungsfeier für die Polizeianwärterinnen und -anwärter des Jahrgangs 2013: Mitte Juni kamen sie in die Kölner Lanxess-Arena, um vor 7.000 Familienmitgliedern und Ehrengästen ihren Amtseid abzulegen. Diese Zeremonie bildete den Abschluss der Feier – zuvor erlebten alle Anwesenden ein eindrucksvolles, gut zweistündiges Bühnenprogramm mit einer gelungenen Mischung aus Reden, Musik, Comedy und Action. Alle Programmpunkte wurden von Polizistinnen und Polizisten aus NRW selbst gestaltet.

Ministerpräsidentin Hannelore Kraft wandte sich in ihrer Rede direkt an die jungen Polizistinnen und Polizisten: »Es ist ein wunderbarer Tag – ein Tag, der sie stolz machen sollte.« Sie sind aus 8.655 Bewerberinnen und Bewerbern ausgewählt worden. »Sie werden in Ihrer Laufbahn erleben, dass Werte und Vorgaben unserer Gesetze und unserer Verfassung jeden Tag und auf unterschiedlichste Weise bedroht werden. Und dann wird es Ihre Aufgabe sein, für diese Werte einzutreten und sie im Zweifel auch durchzusetzen.« Besonders begrüßte sie es, dass inzwischen fast zehn Prozent der jungen Polizistinnen

und Polizisten eine Zuwanderungsgeschichte haben: »Sie haben die zusätzliche Chance, Türöffner in andere Kulturen zu sein.« betonte Hannelore Kraft: »Mit ihren besonderen Kompetenzen – Mehrsprachigkeit, kulturelles Wissen – sind sie eine Bereicherung für die Polizei in Nordrhein-Westfalen.« Besonders hob sie das Teamwork in der Polizei NRW hervor: »Sie können sich auf starke Kolleginnen und Kollegen, auf kompetente Vorgesetzte verlassen. Sie können darauf setzen, dass sie Sie täglich unterstützen werden und Ihnen den Rücken freihalten.« Hannelore Kraft wünschte den Anwärterinnen und Anwärtern, dass sie ihren neuen Beruf mit Zuversicht, Leistungswillen und Freude angehen.

Bestmögliche Vorbereitung auf Einsätze

Hinter den jungen Polizistinnen und Polizisten liegen bereits 31 Wochen Theorieunterricht an den verschiedenen Standorten der Fachhochschule für Öffentliche Verwaltung (FHöV) sowie zehn Wochen Training beim Landesamt für Ausbildung, Fortbildung und Personalangelegenheiten (LAFF) Nordrhein-Westfalen. Nun legten sie den Amtseid ab – bevor am 1. Juli 2014 die Praxisphase ihrer Ausbildung begann. >





»Für andere da zu sein, sich um die Mitmenschen zu kümmern – das ist die Hauptaufgabe unserer Polizei«, stellte NRW-Innenminister Ralf Jäger in seiner Rede an die Studierenden fest. Am Beispiel eines jungen Polizisten, der gemeinsam mit einem erfahrenen Kollegen die Nachricht vom Tod eines jungen Mädchens an die Eltern überbringen musste, machte er deutlich: Auch wenn manche Einsätze die jungen Polizistinnen und Polizisten vor große Herausforderungen stellen, könnten sie daran wachsen und stärker werden. »Wir bereiten sie bestmöglich auf jede Situation vor. Sie werden nie völlig überfordert oder total unvorbereitet in einen Einsatz geschickt. Aber Sie müssen es auch zulassen, Probleme als Chance und nicht als Hürden zu verstehen.« Er versprach den jungen Polizistinnen und Polizisten, ihnen politisch den Rücken freizuhalten, Respekt für ihre Arbeit einzufordern und sich bei ungerechtfertigten Angriffen und Entgleisungen, die manchmal in den Medien oder selbst im Parlament vorkämen, als Dienstherr vor sie zu stellen. Und er machte den Anwärterinnen und Anwärtern Mut: »So schwierig dieser Job auch sein mag: Er füllt einen aus. Man kann nach einem harten Tag oder einer harten Nacht mit dem guten Gefühl zu Bett gehen, das Richtige zu tun. Es ist eine wirklich schöne Aufgabe.«



Musik und Motocross-Stunt

Der Kölner Polizeipräsident Wolfgang Albers hatte zuvor die Anwärterinnen und Anwärter, ihre Familien sowie die zahlreichen Ehrengäste aus Polizei, Verwaltung und Politik begrüßt. Durch das Bühnenprogramm führten gekonnt und souverän Conny Leppler vom Polizeipräsidium (PP) Hagen und Frank Piontek vom PP Bonn, der die Anwärterinnen und Anwärter mit der Bemerkung »Dies ist Euer Tag« positiv einstimmte. Er war auch als Außenreporter im Einsatz, denn vor der Lanxess-Arena stellten Einsatzkräfte von der Polizeihubschrauberstaffel über ein Verkehrsunfallaufnahme-Team bis zum Erkennungsdienst die ganze Bandbreite polizeilicher Arbeit vor. Von dieser Informationsmöglichkeit machten die Anwärterinnen und Anwärter und ihre Angehörigen vor und nach der Veranstaltung regen Gebrauch. Auch in der Halle beeindruckten beim Bühnenprogramm die vielfältigen Talente der Polizei NRW wie der Sänger Steffen Wüst, die Motocrossfahrerin Kim Irmgratz, das hervorragende Landespolizeiorchester sowie die Jazz-Rock-Pop-Band der Polizei NRW.

Auch künftig gute Rahmenbedingungen schaffen

Für die Anwärterinnen und Anwärter sprach zum Schluss der Veranstaltung Sabrina Potrafke (25), die sich nach Ausbildungen zur Krankenschwester und Rettungsassistentin nun auf dem Weg zu ihrem Wunschberuf Polizistin befindet. Sie berichtete nicht nur anschaulich von den bisher schon durchlaufenen Stationen der Anwärterinnenausbildung, sondern sprach auch einige Punkte kritisch an. Sie sprach auch die steigende Gewalt und Respektlosigkeit gegenüber den Beamtinnen und Beamten an. Sie würde sich wünschen, dass die Handlungsempfehlungen einer Studie zu diesem Thema, die die Polizei NRW in Auftrag gegeben habe, möglichst bald umgesetzt würden. »Denn wo kommen wir in einem demokratischen Rechtsstaat hin, wenn diejenigen, die für diesen Staat arbeiten, und das ist nicht nur die Polizei, bei ihrer



Fotos (3): Julia Fischer

dem Staat dienenden Aufgabe behindert oder sogar davon abgehalten werden!« An die Politik ging der Appell, die Polizei ausreichend finanziell und personell auszustatten: »Wir brauchen auch in Zukunft gute Rahmenbedingungen und genügend Kolleginnen und Kollegen an unserer Seite«, meinte Sabrina Potrafke. Jetzt könnten es die Anwärterinnen und Anwärter aber kaum mehr erwarten, dass der praktische Teil ihrer Ausbildung auf den Polizeiwachen beginnt: »Wir freuen uns alle auf diese Phase, sind hoch motiviert und sind auf unsere ersten Einsatzerlebnisse sehr gespannt.«

Feierlicher Eid und fröhlicher Mützenwurf

Nach der eigentlichen Vereidigung, bei der alle Kommissaranwärterinnen und -anwärter gemeinsam die Eidesformel sprachen, klang die Veranstaltung zuversichtlich aus – Steffen Wüst sang den aktuellen Nummer-1-Hit »Auf uns«. Der abschließende obligatorische Fototermin mit dem Mützenwurf aller Anwärterinnen und -anwärter auf der Treppe hinter der Lanxess-Arena war mehr als eine Formalität: Er stand auch für die Freude und den Optimismus, mit dem die frisch vereidigten Polizistinnen und Polizisten ihren neuen Beruf in der Praxisphase angehen werden. /// **Walter Liedtke**



Zu Gast im Polizeipräsidium Köln Muslime und Polizisten beim gemeinsamen Fastenbrechen

Das Gebet zum Fastenbrechen hat der junge Kölner Sherif Saeed gerade beendet. Jetzt wird eine dunkle, geschmackvoll nach Kümmel riechende marokkanische Linsensuppe und Brot gereicht. Für die Essenden beginnt damit ein Fest, das weiß Gott nicht alltäglich ist. Wobei in dieser Redewendung »Gott« besser durch »Allah« ersetzt werden sollte. Denn der ungewohnte Klang des »Ezan«, des eben gehörten Rufes zum Gebet, durch die Lautsprecher der Kantine läutet ein Ereignis ein, das es so noch nie gegeben hat: das erste Fastenbrechen im Kölner Polizeipräsidium. Vielleicht sogar das erste in einem nordrhein-westfälischen oder gar deutschen Polizeipräsidium.



Etwa 70 Menschen folgten der Einladung von Ümran Seven, der Vorsitzenden des Jugendbildungs- und Sozialwerks Goethe, sowie des Studenten Mimoun Berrissoun. Beide engagieren sich innerhalb eines großen Teams für muslimische Jugendliche und junge Erwachsene im Projekt »180 Grad Wende« und sind damit Teil eines sehr aktiven Kölner Netzwerkes, an dem auch die Polizei Köln von Anfang an beteiligt ist. Deshalb stellte die Polizei an diesem Abend auch

die Räumlichkeiten zur Verfügung. Und irgendwie auch das Personal. Zum Beispiel Polizeioberkommissar Mehmet Karapinar. Er ist ein richtiger »Macher«, wie so viele, die gerne im Team arbeiten. An diesem historischen »Iftar« (Türkisch für Fastenbrechen) hat er einen enormen Anteil. Er legte kurz das große grüne Tablett aus der Hand, mit dem er gerade noch Geschirr abgeräumt hatte, und erzählte von den vielen Einladungen zum täglichen Iftar während des Fastenmonats, die er im vergangenen Jahr angenommen hat: »Die Menschen in meinem Mülheimer Bezirk haben mich nicht nur als ihresgleichen, sondern auch als deutschen Polizeibeamten anerkannt«, schildert der Bezirksdienstbeamte seine Erlebnisse in dem Kölner Stadtteil.



Persönliche Gespräche bauen Hemmschwellen ab

Auch die zu trauriger Berühmtheit gelangte Keupstraße gehört zum Zuständigkeitsgebiet des türkischstämmigen Beamten. Als im Jahr 2011 bekannt wurde, dass die rechtsextremistische Terrororganisation Nationalsozialistischer Untergrund (NSU) hinter dem Nagelbombenattentat 2004 in diesem Kölner Zentrum türkischen Geschäftslebens steckte, musste sich die Polizei kritischen Stimmen stellen. Um mit den Menschen vor Ort in persönlichen Dialog zu treten, entwickelte Mehmet Karapinar mit seinen Vorgesetzten ein neues Konzept: Er ging selbst in das Frisörgeschäft, an dem die sichtbaren Spuren des Attentats längst nicht mehr zu

sehen waren und führte dort mit vielen Menschen lange Gespräche. So konnte er ihr Vertrauen gewinnen. »Als uniformierter Polizist ist mir sehr viel Respekt entgegengebracht worden«, sagt Karapinar und weiß gleichzeitig um den Vorteil der gemeinsamen Sprache. Die gemeinsame Kultur führte den Polizeioberkommissar auch an die Tische seiner Landsleute während des Ramadan. In diesem Jahr lud nun die Polizei die Muslime zum Fastenbrechen ein – auch dies war die Idee von Mehmet Karapinar.

Gastfreundschaft und Nächstenliebe

Von vielen Freiwilligen wurden hausgemachte Speisen organisiert und serviert. Ob die Ehefrau von Polizeihauptkommissar Matthias Ferring, bei dem als Kontaktbeamten für muslimische Institutionen die Fäden zusammenlaufen, oder Tülay Pola, die 35-jährige Schwester von Mehmet

Karapinar, die sonst als Ärztin den Menschen zur Seite steht: Sie halfen gerne an diesem Abend. Polizeipräsident Wolfgang Albers bezeichnete die Situation des Fastenbrechens in seiner Begrüßung als »ein großartiges Zeichen der Nächstenliebe und Mitmenschlichkeit und des gesellschaftlichen Engagements.« Als Hausherr begrüßte er an diesem Abend eine sehr bunte Gästemischung. Darunter war auch der türkische Generalkonsul Hüseyin Emre Engin. Er nutzte die angenehme Atmosphäre für viele Gespräche und sagte bei seiner Begrüßung: »Wenn Menschen dieser Stadt, die aus allen Ecken der Welt stammen, ihre Sprache, ihren Glauben und ihre Kultur in Zuversicht entfalten können, wird das kein Hemmnis für die >



gesellschaftliche Integration dieser Menschen bedeuten, sondern im Gegenteil ihnen in diesem Unterfangen eine Stütze bieten.« Ebenfalls dabei war Mechthild M. Hölker als Vertreterin des U.S.-Generalkonsulats Düsseldorf, die sich als »echter Fan« des Projektes »180 Grad Wende« bezeichnet und im vergangenen Jahr einen Expertenaustausch mit den USA ermöglichte.

Mustafa Hadzic, der zweite stellvertretende Vorsitzende des Zentralrats der Muslime betonte, dass Liebe, Güte und Gastfreundschaft elementare Grundzüge des Fastenmonats seien, die durch gemeinsames Fastenbrechen gelebt werden. Landespolizeipfarrerinnen Monika Weinmann bezeichnet die Idee eines gemeinsamen Fastenbrechens im Polizeipräsidium als wertvoll. Es gehe »um ein vertrauensvolles Miteinander, das letztlich nur durch leibhaftige Begegnung, durch konkrete Erfahrung miteinander entstehen kann.«

Uniformträgerinnen und -träger neben traditionell mit Kopftuch bekleideten Frauen oder leger in Jeans gekleideten jungen Menschen suchten und fanden an diesem Abend das Gespräch. Darunter befand sich beispielsweise der 49-jährige »Veedelshausmeister« Andreas Breil, der im Stadtteil Kalk eine echte Institution ist. Er packt ohne lange Umwege

Problemlösungen an. Ebenfalls dabei war der 17-jährige Kölner Schüler Talha Evran. Er ist dem Netzwerk eng verbunden und wurde in diesem Jahr als Unicef-Juniorbotschafter ausgezeichnet: Die bunte Menschenmischung in der Polizeikantine rückte an diesem Abend ein großes Stück näher aneinander. ///

Lutz Martschinke, Polizei Köln



DAS PROJEKT 180 GRAD WENDE

Der gewaltsame Tod eines 17-jährigen Marokkaners im Januar 2008 in Köln und die anschließenden Proteste und Auseinandersetzungen waren Auslöser für die Gründung des Projektes »180 Grad Wende«. Angetrieben vom Gedanken der gewaltlosen Meinungsäußerung suchten einige junge muslimische Migranten aus dem Kreis der Protestierenden den Dialog mit der Polizei. Es entstand ein regelmäßiger »Dialog der Kulturen«, aus dem das Konzept für das Projekt »180 Grad Wende« entwickelt wurde: Gleichaltrige zeigen vermeintlich perspektivlosen Jugendlichen Möglichkeiten auf, die sprichwörtliche »180-Grad-Wende« in ihrem Leben selbst in die Hand zu nehmen. Das Besondere dabei: Die Helfer sprechen die gleiche Sprache und haben den gleichen kulturellen Hintergrund. Arbeitsplatz- oder Wohnungssuche werden genau so unterstützt wie der Umgang mit Behörden. Zehn Coaches koordinieren die Basisarbeit von etwa 70 Multiplikatoren in allen Kölner Stadtvierteln.

Diese stehen helfend und bei Bedarf auch schlichtend zur Seite und vermitteln an unterschiedliche Institutionen.

Diese weitverzweigte Unterstützung durch Gleiche unter Gleichen macht »180 Grad Wende« zu einem auch bundesweit vielbeachteten Projekt. 2012, im Jahr seiner Entstehung, prämierte der Bundesinnenminister »180 Grad Wende« mit dem ersten Platz für die innovativste Idee im Rahmen des Wettbewerbs »Partnerschaft schafft Sicherheit«.

In den sieben Kölner Polizeiinspektionen stehen polizeiliche Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner für eine schnelle Kontaktaufnahme zur Verfügung. Für die Koordination innerhalb der Polizei Köln trägt der Kontaktbeamte für muslimische Institutionen, Polizeihauptkommissar Matthias Ferring, die Verantwortung.

Projektleiter von »180 Grad Wende« ist der 27-jährige Student Mimoun Berrissoun. Er ist einer der Hauptinitiatoren der Dachorganisation, des Jugendbildungs- und Sozialwerks Goethe e. V.

Reinhold Beckmann & Band live

Die Streife verlost 1 x 2 Freikarten für das Gloria Theater in Köln

Als Sportjournalist, Talkmaster und Filmemacher zählt Reinhold Beckmann zu den bekanntesten Persönlichkeiten im deutschen Fernsehen. Jetzt macht er auch noch Musik: Nach der Veröffentlichung des ersten Albums »bei allem sowieso vielleicht« (Electrola/Universal Music Group) am 14. März 2014 steht im Herbst die erste große Tournee durch ganz Deutschland, Österreich, die Schweiz und Luxemburg an. Die Streife verlost 1 x 2 Tickets für das Konzert am 5. November in Köln.



Auf dem Programm von Beckmann & Band stehen feinfühligere eigene Songs, gespielt von Akustikgitarren, Kontrabass, Klavier und Schlagzeug. Sie verbinden Chanson, Pop, Folk, Bossa Nova und Blues zu einem charmanten, leicht melancholischen Mix handgemachter Musik mit poetischen Texten über Leben und Erlebtes, über Macken und Merkwürdigkeiten, vergessene Träume und die Zukunft als möglicherweise autobiografisches Glücksspiel. Was Reinhold Beckmann bei seinen musikalischen Auftritten besonders schätzt, ist die unmittelbare Begegnung mit dem Publikum. »Wenn ich spüre, wie das Publikum auf Musik und Texte reagiert, dann ist das ein großer Spaß«, so der Frontmann. »Diese Unmittelbarkeit kann Fernsehen nicht. Hinzu kommt, dass wir als »junge« Band für die meisten Konzertbesucher eine musikalische Wundertüte sind. Das macht es so spannend.«

Um an der Verlosung der Freikarten im Rahmen unseres Kreuzworträtsels teilzunehmen, müssen Sie das richtige Lösungswort auf einer ausreichend frankierten Postkarte oder per E-Mail bis zum 10. September 2014 einsenden an:

Innenministerium NRW, Redaktion Streife, Haroldstraße 5, 40213 Düsseldorf, E-Mail: streife@mik.nrw.de

Bitte der Redaktion: Bei E-Mails im Betreff nur PREISRÄTSEL eintragen und grundsätzlich die vollständige Privatadresse angeben. Danke!

| | | | | | | | | | | | | |
|--------------------------------|---------------------------|------------|------------------------------|------------------------------|--------------------------------|----------------|-------------------|-----------------------------------|----------------------------|--------------------------------------|-------------------|--------------------|
| feuchtes Warmluftbad, Biosauna | Empfehlung | nicht hoch | äußere Gestalt | nicht beachtet, weggeschoben | in der Nähe von | Suppenschüssel | artig, manierlich | kleine Brücke | Nordatlantikpakt (Kw.) | Abk.: Satellit | Abk.: Hilfsdienst | franz. Fürwort: du |
| Fluss durch Florenz | | | Freund des Schönen | | | | | Zeit der Dunkelheit | | | | |
| Hauptstadt von Kenia | | | | 1 | Schild des Zeus und der Athene | | Ältestenrat | | | persönl. Fürwort, 2. Person Singular | 4 | |
| Luft der Lungen | | | Kose-name der Mutter | | wohlerzogen | | | Fett von Meeres-säu-gern, Fischen | Rhein-zufluss bei Duisburg | | | |
| verschönerndes Beiwerk | Abzähl-reim: ... mene muh | | Längenmaß | | | | Abk.: Telefon | Handball-treffer | | | | |
| | | | 2 | | Teil eines Käfigs | | | | Zeichen für Neon | | | |
| Hochschule (Kurz-wort) | | | Veran-staltung am Vor-mittag | | | | | Abk.: an-hän-gend | | | | |
| ugs.: äußerst gefragt | | | | | noch weniger vor-kommend | | | | | 3 | | |

Auflösung des letzten Rätsels

| | | | | | | | | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| ■ | ■ | ■ | K | ■ | ■ | ■ | ■ | ■ | ■ | ■ | ■ | ■ |
| C | A | F | E | ■ | ■ | B | O | ■ | ■ | J | ■ | ■ |
| ■ | ■ | P | A | R | A | L | L | ■ | ■ | E | ■ | ■ |
| M | A | N | N | ■ | E | ■ | T | ■ | ■ | ■ | ■ | ■ |
| ■ | R | G | ■ | A | C | H | S | ■ | ■ | E | ■ | ■ |
| ■ | ■ | T | E | I | C | H | ■ | ■ | ■ | ■ | ■ | ■ |
| ■ | ■ | I | ■ | H | ■ | S | T | ■ | ■ | ■ | ■ | ■ |
| B | E | S | E | T | Z | T | ■ | ■ | ■ | ■ | ■ | ■ |
| ■ | H | E | U | ■ | ■ | H | O | S | E | ■ | ■ | ■ |
| J | E | N | E | R | ■ | L | O | G | ■ | ■ | ■ | ■ |
| ■ | R | ■ | R | I | V | A | L | E | ■ | ■ | ■ | ■ |
| ■ | I | O | ■ | ■ | ■ | ■ | ■ | ■ | ■ | ■ | ■ | ■ |
| ■ | N | L | ■ | ■ | ■ | ■ | ■ | ■ | ■ | ■ | ■ | ■ |
| ■ | G | A | ■ | ■ | ■ | ■ | ■ | ■ | ■ | ■ | ■ | ■ |

(1-6) Bochum

| | | | |
|---|---|---|---|
| 1 | 2 | 3 | 4 |
|---|---|---|---|

IMPRESSUM

Herausgeber

Ministerium für Inneres und Kommunales
des Landes Nordrhein-Westfalen
Haroldstraße 5, 40213 Düsseldorf

Verantwortlich

Dieter Spalink,
Referat Öffentlichkeitsarbeit und
Online-Kommunikation

Redaktionsleitung

Ralf Hövelmann und Dana Zimmermann
Ministerium für Inneres und Kommunales NRW
Referat Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
Redaktion *Streife*
Haroldstraße 5, 40213 Düsseldorf
Tel. (0211) 871-23 66
Fax (0211) 871-23 44

CN-PoINRW 07-221-2366
Internet: www.streife.polizei.nrw.de
E-Mail: streife@mik.nrw.de
ISSN 0585-4202

Schlussredaktion

pressto GmbH, Köln

Autorinnen und Autoren dieser Ausgabe:

Holger Bamberger-Schreyer (LAFP NRW),
Christoph Bach (MIK NRW),
Frank Bramkamp (LZPD NRW),
Martina Eckert (FHÖV NRW),
Claudia Franken (LKA NRW),
Lambertus Hartmann (PP Düsseldorf),
Aribert Jandrey (PP Dortmund),
Marcel Kremer (MIK NRW),
Walter Liedtke, Lutz Martschinke,
Anke Mönter (MIK NRW),
Alexander Prim, ZIS (LZPD NRW),
Tino Schäfer (PP Hagen),
Andrea Schaub (PSK), Katrin Schmidt,
Dieter Schürmann (MIK NRW),
Volker Trusheim (MIK NRW)

Grafische Gestaltung und Satz

designiert Corporate Design, Düsseldorf

Druck

Stürtz GmbH, Würzburg
Papier: Condat matt Perigord,
PEFC-zertifiziert



Förderung nachhaltiger
Waldwirtschaft
www.pefc.de

Die *Streife* erscheint im Zwei-Monats-Rhythmus 6-mal im Jahr. Beiträge zur Veröffentlichung können direkt an die Redaktion gesandt werden. An den abgedruckten Beiträgen behält sich die *Streife* alle Rechte vor. Nachdruck aller Artikel, auch auszugsweise, nur mit Quellenangabe. Kürzungen von Leserzuschriften behält sich die Redaktion vor und bittet hierfür um Verständnis. Für Manuskripte und Fotos, die unaufgefordert eingesandt werden, wird keine Haftung übernommen.



Streife wird herausgegeben vom
Ministerium für Inneres und Kommunales des Landes
Nordrhein-Westfalen
www.streife.polizei.nrw.de /// ISSN: 0585-4202



POLIZEI
Nordrhein-Westfalen